

23/1998

Mit Tempo 100 auf 20 Prozent Mindeststeuer

Rot-Grün und sein Kandidat entzaubern sich. Nach einer Reihe peinlicher Fehlgriffe in Sachen Verkehr, Steuern und Mannschaft ist auch Schröders letzter Fernsehauftritt an einem simplen Satz gescheitert: „Der Aufschwung, den wir jetzt haben, ist mein Aufschwung.“ Die Medien, lange Zeit Schröders Rückhalt, spotten:

Meine Güte, Schröder! „Als ob der Aufschwung allein der Vorfreude der Wirtschaft auf Ihre rot-grüne Koalition entspringe“, kommentierte die *Rheinische Post*. Und: „Als ob die Unternehmen investierten, weil sie es nicht abwarten können, mit Tempo 100 auf Ihre 20 Prozent Mindeststeuer losrasen zu dürfen.“

„Allein die Hoffnung auf einen Regierungswechsel mit einem Kanzler Schröder“ soll nach Meinung des Kandidaten – so *Die Welt* – „der Konjunktur Flügel verliehen und Hunderttausende Menschen wieder in Lohn und Brot gebracht“ haben.

Handelsblatt: „Mit einem Satz will Schröder vergessen machen, daß er und seine Parteifreunde im Bundesrat alles versucht haben, diesen Aufschwung schon im Keim zu ersticken.“ *Fortsetzung auf Seite 3*

Rechtzeitig zur Bädertour an Nord- und Ostsee, für die der Bundeskanzler seinen Sommerurlaub mehrmals unterbricht, hat Generalsekretär Peter Hintze am 15. Juli als Wandzeitung, Postkarte und Aufkleber das



humorvolle Motiv eines badenden Elefanten vorgestellt. Ein bekanntlich kluges, lebensfrohes Wesen steht nicht nur für den Urlauber am Wolfgangsee, der „schön grüßen“ läßt, sondern auch für den „Jumbo-Aufschwung“, den jetzt niemand mehr leugnen kann.

**Mein Aufschwung. Mein Euro. Meine Einheit.
Meine Güte, Schröder! CDU**

Kurz & gut

**122.300
weniger**

Arbeitslose als im Vormonat hat die Bundesanstalt für Arbeit für Juni registriert. Innerhalb eines Jahres ist damit die Arbeitslosenquote von 11 auf 10,5 Prozent gesunken. Bernhard Jagoda: Ein „außergewöhnlich starker“ Rückgang.

Aufwärtstrend bei Lehrstellen

hält an: 147.180 neue Verträge haben nach Auskunft des Deutschen Industrie- und Handels-tags (DIHT) die 83 angeschlossenen Kammern bis zum 30. Juni registriert. Gegenüber dem Vorjahr fanden rund 10.000 Jugendliche zusätzlich eine Lehrstelle. Das bedeutet einen Zuwachs von 7,2 Prozent.

Auf 1,2 Prozent

ist im Juni die Inflationsrate in Westdeutschland gesunken. Im Mai lagen die Preise für die Lebenshaltung der privaten Haushalte in den alten Bundesländern um 1,3 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Meister-BAföG

ist am 1. Juli um zwei Prozent gestiegen. Unabhängig vom Einkommen erhalten die Geförderten bis zu 1065 Mark monatlich, davon bis zu 383 Mark als Zuschuß. Der Rest ist rückzahlbares verzinsliches Darlehen. Bei Verheirateten erhöht sich die Förderung um 420 Mark. Für jedes Kind gibt es weitere 250 Mark. Alleinerziehende erhalten einen bedarfsabhängigen Zuschuß von bis zu 200 Mark pro Kind.

Zirka 400.000

Bürgerinnen und Bürger haben sich in den neuen Bundesländern, wie eine Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums ausweist, seit 1990 als Unternehmer selbständig gemacht.

Kräftige Erholung am Arbeitsmarkt: Unser Kurs ist richtig

Helmut Kohl geht als Kanzler des Aufschwungs in die Bundestagswahl am 27. September. Alle Wirtschaftsdaten belegen, daß die Reformpolitik der Regierung

Helmut Kohl positive Wirkungen entfaltet und die Chancen der Globalisierung für Deutschland erschließt. Deutschland gehört eindeutig zu den Globali-

sierungsgewinnern. Der starke Anstieg der Zahl der offenen Stellen und der Rückgang der Kurzarbeit sind neben den steigenden Beschäftigungs-

zahlen weitere positive Indikatoren. Besonders positiv ist, daß der Aufschwung jetzt auch voll den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern erreicht

hat. – CDU-Generalsekretär **Peter Hintze:** Die Wähler haben es am 27. September in der Hand, den deutschen Erfolgskurs fortzusetzen.

3

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
23**

Gerhard Schröder, der sozialdemokratische Kanzlerkandidat, läßt einen Ballon nach dem anderen steigen, aber bis heute sind sie alle in seinem eigenen Gesicht zerplatzt.

De Telegraaf, Amsterdam

Haushaltentwurf 1999: Theo Waigels „Kassensturz“ macht Schröder sprachlos

Voll bestätigt worden ist nach Meinung der Haushaltspolitiker der Koalition die Reform- und Konsolidierungspolitik der Bundesregierung mit dem Haushaltentwurf 1999 und dem Finanzplan 2002.

- Weitere Rücknahme der Neuverschuldung auf 56,2 Milliarden Mark,
- Investitionen in Höhe von 57,5 Milliarden Mark:

Jetzt können die Früchte unserer Reformpolitik geerntet werden, erklärten die Haushaltssprecher der Koalitionsfraktionen, Adolf Roth (CDU) und Wolfgang Weng (FDP).

Volle Fahrt voraus!

- Zinsen und Preise stabil,
- Staatsquote auf Sinkflug,
- Umschwung der Wirtschaft geglättet,
- Arbeitsmarktwende sichtbar,
- Haushalt im Griff,
- volle Fahrt voraus für die Regierung Kohl!

Waigels „Kassensturz“ mache Schröder sprachlos und bringe die rot-grüne Opposition in Argumentationsnöte. Das Gerede von einer Mindeststeuer zeige deren Konzeptionslosigkeit, erklärten die Koalitionspolitiker.

Koalition hat das Heft des Handelns fest in der Hand

„Trotz schwierigster Herausforderungen hat die Koalition zu jedem Zeitpunkt das Heft des Handelns fest in der Hand“:

- Der Nettouaufwand des Bundes für den Aufbau Ost übersteigt 1999 erneut die 90 Milliarden Mark.
- Mit 41 Milliarden Mark bleiben die Arbeitsmarktausgaben auf hohem Niveau. Gegenüber dem Beginn der 90er Jahre haben sie sich vervierfacht.
- Mehr als verdoppelt haben sich im selben Zeitraum die Ausgaben des Bundes für die Alterssicherung. Sie liegen 1999 bei 110 Milliarden Mark.
- Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird bis 2002 weiter auf 10,8 Prozent sinken.

NACH DER BUNDESTAGSWAHL steht neben der großen Steuerreform, weiteren Maßnahmen zur Deregulierung und zum Abbau von Lohnzusatzkosten eine grundlegende Reform der Finanzverfassung auf der Tagesordnung.

76%: Wahlausgang offen

Noch keineswegs entschieden sind die Bundestagswahlen nach Meinung von 76% der Wähler. Nur für 13% steht der Wahlausgang heute schon fest. 11% sind unentschieden. Wie eine Allensbach-Umfrage weiter ergibt,

sehen 40% in Lafontaine den bestimmenden Mann in der SPD und nur 34% in Schröder. 62% sind der Meinung, daß sich Schröder entgegen seinen Beteuerungen auch mit den Stimmen der PDS wählen ließe.

SPD beginnt zu zweifeln

„Wenn die Grünen so weitermachen, dann hat das wohl keinen Sinn mehr.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck reagiert mit diesen Worten auf die Forderung der Grünen

nach weiteren Tempolimits und zieht neuerdings deren Koalitionsfähigkeit in Zweifel. Sollten sie davon nicht abgehen, so Struck, „dann müssen wir uns eben einen anderen Koalitionspartner suchen“.

Fortsetzung von Seite 1

Süddeutscher Rundfunk: „Der Kandidat ist nicht mehr ernst zu nehmen. Schröder hat sich nun auch der Lächerlichkeit preisgegeben.“

Tatsache ist:

Niedersachsen:

- Das von Schröder regierte Bundesland
- steht 1997 beim Wachstum an drittletzter Stelle aller Bundesländer,
 - weist die dritthöchste Pro-Kopf-Veranschuldung auf,
 - verzeichnet im Juni dieses Jahres die dritthöchste Arbeitslosenquote unter den westdeutschen Flächenländern und eine weit überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit.

EURO und Europa:

Schröder hat

- die Erfüllung der Maastrichter Stabilitätskriterien stets angezweifelt,

- die Europäische Währung als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet und
- wollte die Einführung des EURO verschoben.

Deutsche Einheit:

Schröder hat

- 1990 gegen die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gestimmt,
- eine Verlangsamung des Einigungsprozesses gefordert und
- 1998 bei der Debatte im Deutschen Bundestag über den Aufbau Ost wieder einmal durch Abwesenheit gegläntzt.

Eins ist jetzt aber auch klar:

Der SPD-Kandidat bestreitet den Aufschwung nicht. Er kann nicht länger der Bundesregierung ihre Erfolge absprechen.

● Aufschwung

Generalsekretär Peter Hintze: Der Kurs von Helmut Kohl ist richtig. Seite 4

● Bundeskanzler

Christoph Böhr: Helmut Kohl bürgt für Gradlinigkeit und Vertrauen. Seite 5

● Aufbau Ost

Paul Krüger: Wir haben großartige Leistungen vollbracht. Seite 6

● Bundeshaushalt

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung – Der mit Abstand größte Einzeletat. Seite 10

● Mittelstand

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: 6-Punkte-Plan für den Mittelstand

HEUTE AKTUELL

● Schuldienst

Unter Abwägung aller Gesichtspunkte: Schulamt lehnt Einstellung ab. Seite 24

● Innere Sicherheit

Norbert Geis: Bundesrat bestätigt erfolgreiche Politik zur inneren Sicherheit. Seite 26

● Kurz & bündig

ARGUMENTE: Wie sich das neue Asylrecht bewährt. S. 29

● Senioren-Union

Deutschlandtag in Erfurt: Wir gewinnen – wenn wir wollen! Seite 32

● NRW

Helmut Linsen: Das Land braucht eine neue Politik. Zur Regierungserklärung von

Ministerpräsident Clement. Seite 34

● Landespartei tage

CDU in Niedersachsen: Die CDU kämpft geschlossen um die Verantwortung. Seite 38

CDU Hessen: Überwältigende Mehrheiten für Kanther und Koch. Seite 40

● SPD und PDS

Finanzskandal mit dunkelrotem Hintergrund. Zur Pleite eines Vorzeigeprojekts in NRW. Seite 42

● Sozialdemokraten

Hans-Peter Repnik zur SPD-Steuerpolitik: Nur populistische Effekthascherei. Seite 47

Generalsekretär Peter Hintze:

Der Kurs von Helmut Kohl ist richtig

Die kräftige Erholung am Arbeitsmarkt ist der Beweis dafür, daß der Kurs von Helmut Kohl richtig ist. Helmut Kohl geht als Kanzler des Aufschwungs in die Bundestagswahl am 27. September.

Alle Konjunktur- und Wirtschaftsdaten belegen, daß die Reformpolitik der Regierung Helmut Kohl positive Wirkungen entfaltet und die Chancen der Globalisierung für Deutschland erschließt. Deutschland gehört eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern. Der starke Anstieg der Zahl an offenen Stellen und Rückgang der Kurzarbeit sind neben den steigenden

Beschäftigungszahlen weitere positive Indikatoren. Besonders positiv ist, daß der Aufschwung jetzt auch voll den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern erreicht hat. Wähler haben es am 27. September in der Hand, den deutschen Erfolgskurs fortzusetzen. Grün-Rot würde zu einem dramatischen Einbruch bei den Beschäftigungszahlen führen. Die von der SPD propagierte Rücknahme der Reformen würde die Kostenbelastung für unsere Arbeitsplätze auf ein unerträgliches Maß steigern. Grün-Rot würden dem Aufschwung die Luft zum Atmen rauben.

Haushalt setzt Priorität für Aufbau Ost

Zu dem von Bundesfinanzminister Theo Waigel vorgestellten Haushaltsentwurf 1999 erklärte der Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Im Haushaltsentwurf 1999 werden die Mittel für den Aufbau Ost weiterhin auf beeindruckend hohem Niveau fortgeführt. In allen für die neuen Länder wichtigen Bereichen werden auch zukünftig genügend Mittel zur Verfügung gestellt. Besonders hervorzuheben sind die hohen Mittelansätze für Infrastrukturausbau, Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau. Hier konnte mehr erreicht werden, als zunächst vorauszu sehen war.

- Bei den Verkehrsinvestitionen geht 1999 annähernd jede zweite Mark in die neuen Länder. Dieser weit überproportionale Gesamtanteil ist besonders vor dem Hintergrund der Wichtigkeit einer funktionierenden Infrastruktur für den wirtschaftlichen Aufschwung zu begrüßen.
- Die Mittelansätze für die Städtebauförderung werden auf dem bisher schon enorm hohen Niveau fortgeschrieben.
- Für die Investitionsförderung der Gemeinschaftsaufgabe Ost erfolgt eine Verstärkung. Hier ist besonders darauf zu achten, daß die Mittel von den Ländern auch in Anspruch genommen werden und nicht verfallen, wie es in der Vergangenheit zum Beispiel in Brandenburg geschehen ist.

Christoph Böhr:

Helmut Kohl bürgt für Gradlinigkeit und Vertrauen

Wir brauchen einen Kanzler mit einer klaren Perspektive und einem unge-trübten Blick, der weiß, was er will. Einen Mann, der dem Wähler nicht nur ein Image, eine Fassade, sondern vor allem auch Charakter bietet. Kein anderer als Helmut Kohl verkörpert so sehr diesen hohen Anspruch.

Helmut Kohl bürgt gerade in diesen Zeiten großer Veränderungen für Gradlinigkeit und Vertrauen. Das ist um so mehr notwendig, als nur Reformen den erfolgversprechenden Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit weisen. Die jetzt Früchte tragende erfolgreiche Politik Helmut Kohls hat das bewiesen. Die Reformen greifen. Die aktuellen Zahlen belegen einen wirtschaftlichen Aufschwung und einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Kohl ist Garant dafür, daß politische Veränderungen auf eine menschliche Art und Weise verlaufen. Er ist ein Mann mit Prinzipien und festen Grundsätzen – gerade der richtige Mann für die kommenden vier Jahre – in einer Zeit, die von Veränderungen geprägt bleiben wird.

Worte und Taten

An den leeren Phrasen, dem Auseinanderklaffen von Worten und Taten sind die Herausforderer Kohls zu packen. Die neuerlichen Umfragen und das unsägliche Gezeter der SPD lassen darauf schließen, daß die Sozialdemokraten selbst erkennen, daß man nicht monatelang inhaltslos über die Runden kommen kann. Der Wähler läßt sich nicht für dumm verkaufen!

Natürlich ist die Politik der Regierung Kohl nicht immer bequem – sie will und kann es nicht sein. Wir sind, um mit den Worten Wolfgang Schäubles zu sprechen nicht der „billige Jakob“, der alles verspricht und nichts hält. Die Politik der Union ist zukunftsorientiert und will Verantwortung tragen. Helmut Kohl ist keiner von der Sorte, die falsche Versprechungen machen.

„Wir packen es!“

Wie sagte Helmut Kohl doch beim Bundesparteitag: „Wir wollen es packen und wir werden es packen.“ Wir gewinnen die Wahl mit ihm – weil er wie kein anderer die Bereitschaft zu notwendigen Veränderungen mit dem Willen zum sozialen Ausgleich in sich verbindet.

Das größte Pfund: Berechenbarkeit

Daß Schröder auf die Zustimmung der SED-Nachfolger angewiesen sein könnte – unabhängig von der Frage, ob er deren Stimmen tatsächlich für seine Wahl in Anspruch nähme –, schreckt große Teile der Bevölkerung nicht nur in Westdeutschland. Die Wähler wissen, daß solche Zwielfichtigkeiten ihnen mit Kohl erspart bleiben. Die Berechenbarkeit des Rekordhalters im Bundeskanzleramt ist das größte Pfund der Union.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Paul Krüger:

Wir haben großartige Leistungen vollbracht

In der letzten großen Debatte dieser Legislaturperiode zieht der Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten Bilanz über den Aufbau in den neuen Bundesländern und nimmt Gelegenheit hervorzuheben, was erreicht wurde:

Erst wenn wir die Situation, die wir heute in den neuen Ländern haben, mit dem vergleichen, was 1989 da war, vermögen wir einzuschätzen, welche historische Dimension die Veränderungen haben, die sich seit damals tatsächlich vollzogen haben. Wir gehen zumeist von den Äußerlichkeiten aus, die dieser Veränderungsprozeß sich brachte, von dem, was wir in der Entwicklung sehen können.

Ich meine, wir betrachten zu wenig die menschlichen Dimensionen dieses Änderungsprozesses, all das, was die Menschen in dieser Zeit an Veränderungen haben durchmachen müssen, worauf sie sich eingestellt haben und worauf sie, wie ich meine, zu Recht stolz sein können.

Gewaltige Veränderungen

Das waren Veränderungen, die nicht nur einen Bereich umfaßten, die alle Bereiche des menschlichen Lebens, der Gesellschaft umfaßten, Veränderungen, die wir angestrebt haben zumindest mehrheitlich in den neuen Bundesländern, die nicht nur die Wirtschaft umfaßten, die die Hochschulen umfaßten, die Verwaltung, das gesamte Bildungssystem, das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft, ja; bis hinein in die Freizeitbereiche, die Vereinsstrukturen, den Sportbereich. Alles hat sich verändert.

Hierauf hatten sich die Menschen einzustellen. Wenn man bedenkt, daß seither nur jeder vierte in den neuen Bundesländern seinen alten angestammten Arbeitsplatz behalten konnte, das heißt: drei von vier mußten sich völlig umstellen und hatten überhaupt keine Sicherheit bezüglich ihrer Zukunft –, dann vermag man in etwa einzuschätzen, was sich hier in acht Jahren vollzogen hat. Gott sei Dank haben mehr als 80 Prozent derer, die Arbeit suchen, inzwischen wieder Arbeit gefunden.

Auch das ist eine ganze große Leistung, die hier vollbracht wurde. Es war ungeheuer schwer. Wir wußten nicht, was uns blüht; wir haben Phasen durchgemacht, wo wir nicht wußten, wie der nächste Tag ausging. Aber wir haben es geschafft

600.000 neue Firmen

Aus dieser Situation heraus wurden inzwischen 600 000 Unternehmen gegründet. Angesichts der Tatsache, daß die Menschen vor der Wende nicht einmal wußten, was eine GmbH ist und was es bedeutet, ein Unternehmen zu führen, können Sie sich vorstellen; was es bedeutet nun 600 000 neue Unternehmen zu haben. Alleine in der Kammerregion Neubrandenburg, wo ich herkomme, sind 17.500 gewerbliche Unternehmen entstanden. Die Freiberufler zähle ich dabei gar nicht hinzu.

Allein in meiner Kammerregion sind 10.500 Handwerksbetriebe neu entstanden. Sie sind von Menschen gegründet worden, die sich mit Mut und Risikobereitschaft den neuen Aufgaben gestellt ha-

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der Aufbau Ost hat absolute Priorität

Sechs Beispiele – sechs Erfolge

■ 522.000 mittelständische Unternehmen sind in einer schwierigen Situation entstanden und geben über drei Millionen Menschen Arbeit. Wir haben hochproduktive Industriebetriebe, die weltweit Maßstäbe in der Produktion und in der Qualität setzen.

■ Vor vier Jahren haben wir eine Entscheidung im Rentensystem getroffen, die dazu führte, daß ein Rentner, der bis Mitte 1990 nach mehr als 40 Versicherungsjahren in der damaligen DDR eine Eckrente zwischen 470 und 600 Ostmark bekam, heute als Rente in den neuen Ländern 1.700 DM bekommt. Wenn Mann und Frau gemeinsam gearbeitet und einen entsprechenden Rentenanspruch erarbeitet haben, liegt ihre Rente heute in einer Größenordnung von weit über 3.000 DM. Wo gibt es Vergleichbares in Europa?

■ Im ersten Viertel des Jahres 1998 ist das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern um 4 Prozent gestiegen, stärker als in den alten Ländern.

Die ostdeutsche Exportwirtschaft wächst, und zwar ganz erheblich.

■ In der ostdeutschen Industrie haben wir nach diesen schwierigen Strukturanpassungen ein Wachstum von rund 10 Prozent. Professor Pohl, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, sagte in diesen Tagen: Es entsteht hier ein „dynamischer Kern der ostdeutschen Wirtschaft“.

■ Es gibt immer mehr Menschen, die sich selbständig machen. Das Problem, daß ein neugegründeter Betrieb – nicht zuletzt wegen der häufig miserablen Zahlungsmoral der Kunden – nicht durchhält, haben wir auch in den neuen Ländern. Aber wir haben in den neuen Ländern mit 11 000 Betrieben einen positiven Gründungssaldo.

■ Die Beschäftigungszahl im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau ist in den neuen Ländern erstmals seit 1991 wieder gestiegen. Ich rechne fest damit, daß wir am Ende des Jahres rund 100.000 Arbeitsplätze mehr haben werden als ein Jahr zuvor.

ben und häufig, wie sie mir selber sagen, schlaflose Nächte auch heute zum Teil noch haben. Sie haben in diesem Prozeß Arbeitsplätze geschaffen und tragen mehr und mehr dazu bei, daß zukunftsfähige Strukturen entstehen.

Biotechnologie

Zukunftsfähige Strukturen bedeutet, daß wir biotechnologische Unternehmen an-

siedeln, In der „Schweriner Volkszeitung“ wurde in der letzten Woche getitelt: „Osten Standort für US-Biotechnologie“. Von den 400 Biotechnologieunternehmen, so heißt es dort, hat sich der größte Teil in den neuen Bundesländern angesiedelt. Die Genforschung hilft bei der Entwicklung und der wirtschaftlichen Nutzung neuer Medikamente.

Der Innovationspreis, den der Bundespräsident im Jahre 1997 überreicht hat, ging nach Gera an ein ostdeutsches Unternehmen Die Laser-Display-Technologie wurde dort entwickelt. Wir erleben dieser Tage den Börsengang von Jenaoptik. Alle wissen, durch welch ein Tal dieses Unternehmen gegangen ist und wie erfolgreich es heute dasteht. Die Thüringer werden jetzt Aktionäre ihres Unternehmens.

Sie sind stolz auf das, was sie geleistet haben. In der Patentneuentwicklung gibt es hervorragende Fortschritte. Thüringen hat mittlerweile bei den Patentanmeldungen einen Stand erreicht, daß es nach Sachsen, was im Vergleich der neuen Bundesländer noch besser ist, bereits besser dasteht als Bremen, Schleswig-Holstein oder das Saarland. Man ist dort auch zunehmend in der Lage, diese Patente in wirtschaftliche Erfolge umzumünzen.

Trendwende erreicht

In der Wagniskapitalstatistik der Bundesrepublik steht an erster Stelle ganz deutlich Baden-Württemberg, an zweiter Stelle folgt Bayern an dritter Stelle Sachsen, und am Ende stehen Niedersachsen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen. In Mecklenburg-Vorpommern werden zur Zeit dreimal so viele Finanzierungen mit Wagniskapital wie in Niedersachsen vorgenommen. Das müssen Sie sich vor Augen führen. Das heißt, wir in Ostdeutschland sind bei der Zukunftsgestaltung wahrlich weit vorangekommen. Diese Entwicklung schlägt sich zunehmend auch in harten wirtschaftlichen Zahlen nieder.

Der gewerbliche Bereich wächst stärker als der in Westdeutschland. Wir haben damit erstmals eine Trendwende erreicht. Die Auftragseingänge übertreffen den Vorjahresswert um 18,7 Prozent, Selbst das Baugewerbe entwickelt sich wieder besser. Als wichtigste Botschaft haben wir zu verkünden, daß die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe in den neuen

Bundesländern erstmals stärker ist als die in der Bauwirtschaft. Das ist einer der größten Erfolge, der im Moment zu verzeichnen ist.

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ titelt diese Woche: „Ostdeutsche Industrie löst Bau als Konjunkturmotor ab“. Das ist eine ganz wichtige Botschaft. Indem wir in den letzten zwei Jahren die Arbeitsproduktivität jedes Jahr um etwa 20 Prozent gesteigert haben, haben wir eine wesentliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Bisher hat sich das noch zu wenig am Arbeitsmarkt niedergeschlagen, weil die Arbeitsproduktivität das Wachstum in den neuen Ländern zum Teil aufgefressen hat.

Optimismus angebracht

Mittlerweile aber beginnt auch das Wachstum am Arbeitsmarkt zu greifen. Das ist eine ganz wichtige Botschaft. Die jüngsten Zahlen auf dem Arbeitsmarkt geben Anlaß zu Optimismus. Wir hatten im Mai etwa 1.000 Arbeitslose weniger. Das heißt, wir haben einen historischen Rückgang in einem Monat Mai seit der Wende erreicht.

Es gab auch erstmals eine Steigerung der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe. Auch dies ist ein sicherer Indikator dafür, daß wir jetzt mehr Arbeitsplätze schaffen werden. Ich will gar nicht über die vielen Aufbauleistungen sprechen, die immer wieder gewürdigt werden und die uns mittlerweile vor allem unsere ausländische Gäste bescheinigen, die das, was in den neuen Bundesländern passiert ist, als ein Wunder bezeichnen. Ich glaube, das tun sie zu Recht. Möglich wurden all diese enormen Aufbauleistungen nur durch die große Veränderungsbereitschaft, durch die Tatkraft der Ostdeutschen an erster Stelle, aber auch durch die geübte Solidarität der Westdeutschen, die hier ohne Wenn und Aber in einem beträchtlichen Umfang geholfen haben. ■

Borchert setzt die deutschen Interessen durch

Zu den in Brüssel gefaßten Preisbeschlüssen für das Wirtschaftsjahr 1998/99 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Auch die diesjährigen Agrarpreisverhandlungen waren wieder sehr schwierig und von unterschiedlichen nationalen Interessen geprägt. Insgesamt sind die Beschlüsse für unsere Landwirte als vernünftig zu bewerten. Zum einen wurde erreicht, daß die Agenda-Vorschläge nicht mit dem diesjährigen Preispaket verquickt wurden. Zum anderen, daß die institutionellen Preise, die monatlichen Zuschläge und Vergütungen sowie die Beihilfen auf dem derzeitigen Niveau beibehalten werden.

Strafstilllegung ausgesetzt

Die Anhebung des Stilllegungssatzes auf 10 % entspricht der deutschen Forderung; sie ist eine dringend notwendige Anpassung an die Marktlage. Von der ebenfalls von Bundesminister Borchert durchgesetzten weiteren Aussetzung der Strafstilllegung profitieren insbesondere die Landwirte in den Regionen, in denen die Grundflächen massiv überschritten werden. Das kommt vor allen den Maiserzeugern in Baden-Württemberg zugute. Zu begrüßen ist auch die Aufhebung der mit einem unsinnig hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwand verbundenen Mindestbewirtschaftungszeit bei der obligatorischen Flächenstilllegung.

Besonders hervorzuheben ist, daß es Bundesminister Borchert gelang, für spezifische Anliegen der deutschen Landwirtschaft angemessene Lösungen zu finden.

Für die neuen Länder konnte erreicht werden, daß die befristete Zuweisung von Grundflächen in Höhe von 150.000 Hektar um zwei Jahre verlängert wurde. Damit bleiben den Landwirten in den neuen Ländern Prämienkürzungen von 215 Mio. DM erspart. Im Bereich Rindfleisch können die bisherigen Sonderregelungen für die neuen Länder ebenfalls weitergeführt werden.

Dies ist eine wichtige Entscheidung für weitere Entwicklungen der Veredlungswirtschaft in Deutschland.

Auch für die deutschen Winzer konnte Bundesminister Borchert erfolgreich verhandeln: Deutschland hat ein Neuanpflanzungskontingent von 289 Hektar erhalten. Mit dem noch in Anspruch genommenen Kontingent vom Vorjahr stehen nun insgesamt 578 Hektar Neuanpflanzungsrechte in Deutschland zur Verfügung. Mit Blick auf die deutschen Strukturen konnte er durchsetzen, daß die Mindestrodungsfläche bei der prämiengünstigten Rodung von 25 Ar auf 10 Ar herabgesetzt wird.

Damit hat Bundesminister Borchert erneut bewiesen, daß er entgegen polemischen und billigen Sprüchen der SPD in Brüssel eine starke Position hat und deshalb erfolgreich für unsere Landwirtschaft verhandeln kann.

Gegen Drogen-Freigabe

91 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahre sind gegen eine Freigabe harter Drogen wie z.B. Heroin. Für 61 Prozent ist auch die Freigabe weicher Drogen „eher riskant“.

Quelle: *Bravo*

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Der mit Abstand größte Einzeletat

Der Entwurf für den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung weist für das Jahr 1999 ein Volumen von 163,2 Mrd. DM gegenüber 160 Mrd. DM im laufenden Jahr aus. Der Etat bleibt mit einem Anteil von 35,1 Prozent auch im nächsten Jahr der mit Abstand größte Einzelplan des Bundeshaushalts. Insgesamt werden 1999 im Bundeshaushalt rd. 465,3 Mrd. DM ausgegeben. Mehr als jede dritte Mark des Bundesetats fließt weiterhin in die Einzelpläne der Sozialressorts.

Die Steigerung des BMA-Haushalts um rund 2% ist im wesentlichen auf die Erhöhung des zusätzlichen Bundeszuschusses zur Rentenversicherung, der aus der Mehrwertsteuer finanziert wird, zurückzuführen. Dieser beträgt im laufenden Jahr 9,6 Mrd. DM und wird im Jahr 1999 dann 15,6 Mrd. DM betragen, also 6 Mrd. DM mehr.

„Der Haushaltsentwurf ist ein Dokument der sozialen Verantwortung. Die Bundesregierung stellt sich vor allem ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung. Trotz voraussichtlich sinkender Arbeitslosigkeit wird die aktive Arbeitsmarktpolitik auf dem erreichten hohen Niveau fortgeführt. So wird das Langzeitarbeitslosenprogramm, das ursprünglich in diesem Jahr auslaufen sollte, bis zum Jahr 2001 verlängert“, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

Ausgabenblöcke

Die großen Ausgabenblöcke im Etat für Arbeit und Sozialordnung (Einzelplan 11) sind die Sozialversicherung mit insgesamt 110,5 Mrd. DM, die Arbeitsförderung mit

42,2 Mrd. DM sowie der Kriegsopferhaushalt mit 9,1 Mrd. DM.

Rund 45,3 Mrd. DM der Ausgaben im Entwurf des Einzelplans 11 entfallen auf einigungsbedingte Ausgaben, davon rund 22,1 Mrd. DM auf die Sozialversicherung, rund 21,9 Mrd. DM auf die Arbeitsförderung und rund 1 Mrd. DM auf den Kriegsopferbereich.

Sozialversicherung

Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung einschließlich Knappschaftsversicherung beträgt im kommenden Jahr 104,4 Mrd. DM. Inklusive Erstattungen in Höhe von 13 Mrd. DM kommen also 117 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt der Alterssicherung zugute. Das sind 25,1 Prozent des

Blüm: Keine Abstriche bei aktiver Arbeitsmarktpolitik

Gesamtvolumens des Bundeshaushaltes. „Wer angesichts dieser Zahlen noch behauptet, der Bund greife in die Kassen der Rentenversicherung, ist entweder böswillig oder ignorant“, sagte Blüm.

Mit der zum 1. Juli 1998 in den neuen Bundesländern erfolgten jüngsten Rentenanpassung um 0,89 Prozent (alte Bundesländer: 0,44 Prozent) hat sich die verfügbare Standardrente (45 Versicherungsjahre mit einem Durchschnittsverdienst) abzüglich Eigenanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner auf 1.694 DM erhöht (alte Bundesländer: 1.980 DM), dies sind 85,5 Prozent des Westniveaus.

Wie nachhaltig und durchgreifend sich insgesamt die Einkommenssituation der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung verbessert hat, dokumentiert die Entwicklung der Rentenausgaben in den neuen Bundesländern. Betragen diese im Jahr 1989 noch 16,7 Mrd. Mark (Ost), so werden es im nächsten Jahr voraussichtlich rd. 81 Mrd. DM sein. Das ist mehr als das Viereinhalbfache. Dies stellt die Verlässlichkeit des Rentensystems eindrucksvoll unter Beweis und ist eine große Solidaritätsleistung im einigen Sozialstaat Deutschland.

Das Rentenreform-Gesetz 1992 und die Maßnahmen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahre 1996 waren wichtige Schritte zur Stabilisierung der Rentenfinanzen.

Mit der Rentenreform 1999 wird ein weiterer entscheidender Beitrag zur Begrenzung und Entlastung der Lohnnebenkosten geleistet. Dies ist vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wirtschaft zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und damit zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer produktiver Arbeitsplätze erforderlich.

Insbesondere die Zahlung eines zusätzlichen Bundeszuschusses, mit dem der Beitragssatz langfristig um 1 Prozentpunkt niedriger festgesetzt werden kann, sowie die Einfügung eines demographischen Faktors in die Rentenformel als Antwort auf die steigende Lebenserwartung und die Neuordnung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit führen zu einer deutlichen Dämpfung des Beitragssatzanstiegs.

Arbeitsförderung

Die Arbeitsförderung mit ihren wichtigen und bewährten Instrumenten wird auch im Haushaltsentwurf für 1999 konsequent fortgeführt. Die Ausgaben des Bundes für die Arbeitsförderung betragen rd. 42,2 Mrd. DM.

Der Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) ist auf rd. 11 Mrd. DM festgesetzt worden. Im Bundeshaushalt ist damit die Vorsorge getroffen worden, daß die Bundesanstalt für Arbeit – vorbehaltlich des Rechts der Selbstverwaltung, den Haushalt für 1999 im Herbst dieses Jahres selbst festzusetzen – die Arbeitsmarktpolitik auf einem hohen Niveau fortführen kann.

Bereits im Jahr 1998 werden im Eingliederungstitel des BA-Haushaltes 25,3 Mrd. DM bereitgestellt. Der Ansatz des Bundeszuschusses stellt sicher, daß der Eingliederungstitel in gleicher Höhe auch für das Jahr 1999 ausgewiesen werden kann. Die Arbeitsämter können die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, aus diesem Titel finanzieren. Sie können selbständig die Mittel in die Förderfelder leiten, die am besten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. SGB III stehen für zusätzliche Beschäftigungschancen auf den Feldern Umwelt, soziale Dienste und der Jugendhilfe mindestens rd. 4,3 Mrd. DM bereit. Wie im Jahr 1998 wird aber die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf zusätzliche Mittel bereitzustellen, da vorgesehen ist, einen Mehrbedarf insbesondere beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe zu decken.

In den neuen Bundesländern können in diesem Rahmen Maßnahmen auch in der Denkmalpflege, bei städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, im städtebaulichen Denkmalschutz und zur Verbesserung des Wohnumfelds initiiert werden. Mit den vorhandenen Mitteln können rd. 160.000 Menschen beschäftigt werden, davon rd. 140.000 in den neuen Ländern. Entscheidend ist, von dritter Seite, wie etwa den Bundesländern, die entsprechenden Komplementärmittel bereitzustellen.

Das Langzeitarbeitslosenprogramm hat die Bundesregierung um drei Jahre verlängert, so daß nun bis zum Jahr 2001 weiterhin jährlich 750 Mio. DM zu Verfügung stehen werden. Die Zuschüsse sind je nach Dauer der vorherigen Arbeitslosigkeit gestaffelt und betragen zwischen 40 und 80 Prozent des Arbeitsentgelts. Die Dauer der Förderung beträgt bis zu einem Jahr. Im kommenden Jahr kann es bis zu 55 000 Neueintritte geben. Die Beschäftigungshilfen sollen den Unternehmen die Einstellung von Langzeitarbeitslosen erleichtern, damit die betroffenen Arbeitnehmer eine faire Chance erhalten, ihre vorhandenen Qualifikationen, Motivationen und Erfahrungen in der Praxis wieder unter Beweis zu stellen. So hat in den alten Bundesländern jeder 2. Langzeitarbeitslose eine abgeschlossene Berufsausbildung, jeder 5. aus einem Angestelltenberuf war vorher in gehobener Position tätig, zwei Drittel weisen keinerlei gesundheitliche Einschränkungen auf. Ebenfalls zwei Drittel der älteren Langzeitarbeitslosen sind sogar erstmals arbeitslos geworden. Ihnen soll mit dem zielgerechten Sonderprogramm neue Arbeit und damit eine neue berufliche Zukunft vermittelt werden.

Hierfür sind in 1999 demnach 750 Mio. DM vorgesehen. Mit Hilfe dieses Programms konnten bisher (1995 bis Mai 1998) rund 162.000 Menschen eine Beschäftigung finden.

Für die Erprobung zusätzlicher Wege in der Arbeitsmarktpolitik stellen wir in 1999 100 Mio. DM zur Verfügung. Mit dem Ansatz sollen Projekte finanziert werden, welche die Unterstützung von besonders beeinträchtigten Arbeitslosen, schwer vermittelbaren und beruflich nicht qualifizierbaren Jugendlichen sowie Hilfen für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte bei der Gründung selbständiger Existenzen zum Ziel haben. Solche Projekte sollen auch dazu dienen, den Selbsthilfegedanken zu fördern, die Mobilität zu unter-

stützen und moderne Instrumente der Arbeitsvermittlung, insbesondere im Rahmen des Internet, zu nutzen. Das Programm hat sich als wichtiges und taugliches Mittel erwiesen, um neue und innovative Ansätze im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu realisieren.

Bei der Arbeitslosenhilfe wird für 1999 unter Berücksichtigung der neuen ökonomischen Eckdaten ein Gesamtbedarf in Höhe von 28 Mrd. DM eingestellt.

Für Eingliederungsleistungen an Spätaussiedler sieht der Haushalt 1999 rd. 0,8 Mrd. DM für rd. 110.000 Spätaussiedler vor.

Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung hat sich in den vergangenen drei Jahren seit ihrem Start bewährt und ist zu einer tragenden Säule der sozialen Sicherung in Deutschland geworden. Die Pflegeversicherung arbeitet erfolgreich und hilft den Pflegebedürftigen zuverlässig. Der Sozialstaat hat damit Wort gehalten und auch in Zeiten der Konsolidierung Verlässlichkeit und Innovationsfähigkeit dokumentiert. Entbehrliches streichen, doch jenen helfen, die bislang nur ungenügende Hilfe erfahren haben. Dies ist Umbau statt Abbau.

Mit der Einführung der zweiten Stufe sind nunmehr mehr als 1,7 Millionen Menschen unter dem Schutzdach der Pflegeversicherung erfaßt. Zusammen mit der privaten Pflege-Pflichtversicherung erhalten rd. 1,27 Millionen Pflegebedürftige handfeste Hilfe bei der häuslichen Pflege, weitere rd. 486 000 erhalten nunmehr Leistungen bei der Pflege im Heim. Rd. 60.000 pflegebedürftige Behinderte erhalten Leistungen in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe. Für viele Pflegebedürftige und deren Angehörige haben die Leistungen der Pflegeversicherung die bisherige Abhängigkeit von der Sozialhilfe beendet.

Als Ergänzung der Hilfen im häuslichen Bereich steht ein wachsendes Angebot an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen zur Verfügung. Beides zusammen hat dazu geführt, daß die Zahl der Anträge auf stationäre Pflege zurückgeht und die Wartelisten in vielen Heimen abgebaut werden können, weil mehr Pflegebedürftige im häuslichen Umfeld versorgt werden.

Die soziale Pflegeversicherung steht finanziell auf festen Füßen. Sie hat eine Rücklage aufgebaut. Der Beitragssatz von 1,7 Prozent reicht aus und bleibt stabil.

Unverzichtbar bleiben weiterhin die Finanzhilfen für die Pflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern. Der nach wie vor zum Teil unzulängliche Zustand in den Pflegeheimen muß so rasch wie möglich beseitigt werden. Deshalb erhalten die neuen Bundesländer in den Jahren 1995 bis 2002 jeweils 800 Mio DM für die erforderlichen Investitionen. Diese Anschubfinanzierung von insgesamt 6,4 Mrd DM ermöglicht die durchgreifende Verbesserung der Pflegeinfrastruktur. Bis heute wurden rd. 650 Pflegeeinrichtungen in die Projektlisten zur Förderung aufgenommen. Davon sind rd. 190 Projekte bereits fertiggestellt. Weitere 170 Projekte befinden sich im Bau.

Mit 80 Millionen DM fördert die Bundesregierung im kommenden Jahr die bereits seit 1991 laufenden Maßnahmen des besonderen Modellprogramms zur Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen. Im Rahmen dieses Modellprogramms wurden bisher rd. 400 Einrichtungen gefördert.

Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgungsstruktur durch ambulante Dienste, teilstationäre sowie in Ausnahmefällen auch stationäre Einrichtungen, wenn sie der Pflege besonderer Personengruppen (z. B. Apalliker, Demente) dienen. Der guten und reibungslosen Zusammenarbeit der beteilig-

ten Institutionen und Organisationen dienen die Erprobung von Versorgungsmodellen in Gemeinden und Landkreisen, die Vernetzung ambulanter Dienste sowie der Aufbau von Koordinations- und Leitstellen. Das Modellprogramm beinhaltet die Beratung sowie die Aus- und Weiterbildung von pflegenden Angehörigen, Nachbarn und anderen ehrenamtlichen Helfern sowie von Ärzten und Pflegepersonal.

Kriegsopfer

Für die Leistungen zugunsten von Kriegsopfern stehen im Haushaltsentwurf 1999 9,1 Mrd. DM zur Verfügung. In den Ausgaben enthalten sind die vom Bund zu tragenden Renten für Beschädigte, Witwen und Witwer, Waisen und für Eltern von Beschädigten.

Die Leistungen der Kriegsopferversorgung als Kernstück des Bereichs der Sozialen Entschädigung werden flankiert durch die Kriegsopferfürsorge. Dazu gehören vor allem die Hilfe zur Pflege insbesondere für Hinterbliebene, soweit nicht die Pflegeversicherung den Bedarf abdeckt, ferner die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Hilfen in besonderen Lebenslagen, die Altenhilfe und die Erholungshilfe.

Laufende Rentenleistungen nach dem sozialen Entschädigungsrecht erhalten zur Zeit 1 Mio. Berechtigte, davon rd. 170.000 Berechtigte in den neuen Bundesländern. Der Kriegsopferhaushalt berücksichtigt auch rd. 30.000 Personen, deren Ansprüche außerhalb des Bundesversorgungsgesetzes geregelt werden, z. B. für gesundheitliche Beschädigungen bei ausgeschiedenen Zeitsoldaten und Wehrpflichtigen, Zivildienstleistenden und bei Opfern von Gewalttaten.

Für die Kriegsopfer in den neuen Bundesländern stellt der Bundeshaushalt 1,0 Mrd. DM bereit, davon 100 Mio. für die bedarfsorientierte Kriegsopferfürsorge. ■

Wir brauchen mehr mutige Unternehmerinnen und Unternehmer

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Riesenhuber, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Ramsauer, sowie die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth, erklärten anlässlich des Existenzgründerkongresses in Hof:

Der Weg in die berufliche Selbständigkeit ist vielversprechend, die Bereitschaft zu Risiko, Leistung und Engagement ermutigend. Das ist die zentrale Erkenntnis der „Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In mehr als 80 Veranstaltungen mit über 15.000 Teilnehmern haben wir Existenzgründer ein Stück auf ihrem Weg in die Selbständigkeit begleitet. Erfolgreiche Gründer und Gründerinnen haben gezeigt, wie man mit guten Ideen, Fleiß, Zuversicht und der Bereitschaft zum Risiko den Schritt in die berufliche Selbständigkeit erfolgreich gehen kann.

Dies ist auch ein Ergebnis der verbesserten Rahmenbedingungen, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der laufenden Legislaturperiode durchsetzen konnte. Die Gründerwelle kommt in Schwung, sie erfaßt zunehmend auch den Arbeitsmarkt. Jetzt gilt es, die Dynamik bei den Gründungen weiter voranzubringen, bei den Dienstleistungen und neuer Technik ebenso wie im Handwerk und den Freien Berufen. Hierfür stehen zahlreiche Förderprogramme und privates Risikokapital zur Verfügung. Diese Mittel müssen nur genutzt werden.

Denn: Wer mehr Arbeitsplätze will, braucht auch mehr Unternehmer. Jeder Gründer schafft 3,5 neue Arbeitsplätze. Deshalb wollen wir in Deutschland ein Klima schaffen, das dazu anreizt, mit Ideen, Fleiß, Mut und Zuversicht unternehmerisch tätig zu werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Hier ist nicht nur die Politik gefordert. Wir alle sind dazu aufgerufen, für mehr Unternehmergeist zu sorgen und gerade junge Unternehmer beim Schritt in die Selbständigkeit zu unterstützen.

Dazu erklärt Heinz Riesenhuber:

Wir haben – gemeinsam mit Experten aus Wirtschaft, Finanzwelt, Politik und Wissenschaft – eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, auf denen wir in der nächsten Legislaturperiode aufbauen wollen. Wir müssen die Petersberger Steuerbeschlüsse konsequent umsetzen; die Privatisierungsbemühungen sind insbesondere auf kommunaler Ebene zu verstärken, um Freiräume für Unternehmensgründer zu schaffen. Regulierungen sind auf das notwendige Maß zurückzuführen. Um Gründungen zu erleichtern, sollten Information und Beratung für Unternehmensgründer aus einer Hand erfolgen.

Vor allem muß die berufliche Selbständigkeit als sinnvolles Lebensziel in der Ausbildung stärker hervorgehoben werden. Das Thema Unternehmertum sollte fester Bestandteil in den Lehrplänen der Schulen werden. An den Universitäten und Fachhochschulen müssen die Studierenden das notwendige Rüstzeug für eine berufliche Selbständigkeit erwerben können.

366 Seminare für Existenzgründer

Insgesamt 366 Existenzgründerseminare bieten die Industrie- und Handelskammern (IHK) und die Wirtschaftsjunioren (WJD) in den alten und neuen Bundesländer im zweiten Halbjahr 1998 für Arbeitnehmer an, die sich selbständig machen wollen.

Wie aus einem jetzt vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) erstellten Veranstaltungskalender weiter hervorgeht, entfallen 264

Existenzgründungsseminare auf 62 Handelskammern und 102 Existenzgründungsveranstaltungen auf die Wirtschaftsjunioren Deutschland. Auf den praxisnahen Veranstaltungen können sich Unternehmen in spe über mögliche Rechtsformen und künftige steuerliche Konsequenzen sachkundig machen. Auf der Palette der Seminarthemen stehen auch die richtige Standortwahl sowie Finanzierungsmöglichkeiten.

z. B. durch praxisorientierte Gründerseminare.

Peter Ramsauer stellt fest: Bayern macht uns vor, wie es geht: Bei der Selbständigenquote liegt der Freistaat mit 11,7% an der Spitze aller Länder. Dies kommt nicht von ungefähr, denn Bayern bietet Existenzgründern eine Heimat:

Bayern macht Mut zur Selbständigkeit: Die Kampagnen „Existenzgründung“ und „Unternehmensnachfolge“ sind im ganzen Land auf eine überwältigende Resonanz bei Gründern und Unternehmern gestoßen.

Bayern schafft Infrastruktur für Existenzgründer: Mit mehr als 70 Mio. DM der Privatisierungserlöse werden 20 kommunale Existenzgründerzentren und drei technologiespezifische Gründerzentren gefördert.

Bayern finanziert Gründungen: Neben den Förderungen auf Bundesebene erhalten Existenzgründer in Bayern verbilligte Darlehen aus dem bewährten und immer wieder verbesserten Mittelstandskreditprogramm sowie Eigenkapital von der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft und der 1995 gegründeten Bayern Kapital GmbH.

Rita Süsmuth betont: Bereits 800.000 von den gut 3 Mio. Selbständigen in Deutschland sind Frauen. Insbesondere in den zukunftsorientierten Wachstumsbranchen bestehen gute Chancen für den Schritt in die Selbständigkeit. Dabei kommen dem Multimediabereich und den Dienstleistungen arbeitsmarktpolitische Schlüsselrollen zu. Hier gilt es, das unternehmerische Potential von Frauen optimal zu entfalten und zu nutzen.

Existenzgründerinnen sind erfolgreich. Sie scheitern nicht häufiger als Männer und stehen an der Spitze, wenn es um die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt geht. Hilfreich ist auch ein bundesweit agierendes Netz von Informationsstellen, das umfassend informiert und berät.

Notwendig wäre darüber hinaus gerade für kleine und mittlere Unternehmen ein Kapitalförderungsprogramm auf Bundesebene, das die familiäre und berufliche Situation von Frauen berücksichtigt. Es sollte einfach zu beantragen und zügig abzuwickeln sein. In der Aufbauphase des Unternehmens wie auch bei finanziellen Engpässen sollte schnelle und unbürokratische Hilfe möglich sein. ■

6-Punkte-Plan für den Mittelstand

Die deutsche Wirtschaft ist vom Mittelstand geprägt. Etwa zwei Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen. Bei den Ausbildungsplätzen haben sie ebenfalls die Nase vorn: 80 % aller Lehrstellen werden vom Mittelstand bereitgestellt.

Die Selbständigenquote ist gestiegen: von 8,8 % zu Beginn der 90er Jahre auf jetzt rund 10 %. Aber das reicht noch nicht. Wir brauchen 500.000 zusätzliche Unternehmen in Deutschland. Deshalb: Die nächste Legislaturperiode muß ganz im Zeichen des Mittelstands stehen.

1. Mit Bundesfinanzminister Theo Waigel habe ich mich auf ein Plus von einer halben Milliarde Mark für Bildung und Forschung im Haushalt für das Jahr 1999 geeinigt. Diesen Zuwachs will ich vor allem auch für die innovativen kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen. Ich werde 10 % mehr für den Mittelstand zur Verfügung stellen.

Der Anteil der Mittelstandsförderung an der gesamten Wirtschaftsförderung meines Ministeriums wird auch in Zukunft weiter steigen. Als wir 1982 die Regierung von der SPD übernommen haben, betrug dieser Anteil 10,5 %. 1997 waren es 43 %!

2. Arbeitsplätze mit Zukunft entstehen im innovativen Bereich. Jedes neue Technologieunternehmen schafft in Deutschland mindestens fünf neue Jobs. Um die Zahl der innovativen Unternehmen zu steigern, werden wir den Markt für Wagniskapital weiter ausbauen. Der Bedarf ist da. Die Steigerungsrate beim „Beteiligungskapitalprogramm“ des Forschungsministeriums betrug in den letzten vier Jahren sensationelle 400 Prozent!

3. Die Zahl der jährlichen Existenzgründungen im Bereich Multimedia hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Die Zahl der jungen Biotech-Unternehmen hat sich in den letzten zwei Jahren vervierfacht. – Kein Land der Erde hat in diesem Bereich zur Zeit eine größere Dynamik! Wir werden noch stärker für die Chancen der Selbständigkeit werben und qualifizieren. Deshalb habe ich einen Wettbewerb für „Existenzgründer aus Hochschulen“ gestartet. Über 200 Hochschulen haben sich beteiligt. Im August werden fünf Gewinner ermittelt, die das BMBF bis Ende 2001 mit insgesamt 45 Millionen Mark fördert.

Von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers

4. Im Handwerk war der eigene Betrieb schon immer das Ziel aller Leistungswilligen und Leistungsfähigen. Mit dem Meister-BAföG haben wir deshalb eine besonders effektive Form der Gründerförderung geschaffen. In diesem Jahr wird der 100.000ste Meisteranwärter sein Meister-BAföG bekommen. Mein Ziel für die nächste Legislaturperiode: die Zahl der Meister-BAföG-Empfänger verdoppeln.

5. Die Basis für zukunftsfähige Berufe im Mittelstand haben wir mit der größten Modernisierungswelle seit Bestehen des Berufsbildungsgesetzes gelegt. Seit 1995 haben wir 23 neue Ausbildungsberufe geschaffen. Am 1. August treten 11 weitere neue Berufe in Kraft. Die Beratungen zur Modernisierung bzw. Schaffung von 50 weiteren Ausbildungsberufen werde ich zügig vorantreiben.

Einladung zur Fördermitgliedschaft bei Frischluft e. V.

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. wurde im Jahr 1989 gegründet und versteht sich als Teil der christlich-demokratischen Bewegung.

Als freier Träger der Jugendhilfe unterbreitet er vor allem Angebote im Bereich der offenen Jugendarbeit.

Der Verband organisiert unter anderem internationale Jugendbegegnungen, Jugendbildungsseminare, Angebote innerhalb der Mädchenarbeit und Kinderfreizeiten. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes liegt im Aufbau der Jugendarbeit in den neuen Ländern.

Die Arbeit von Frischluft e. V. ist zu einem wesentlichen Teil vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder abhängig. Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, sind wir auf weitere Unterstützung angewiesen. Zu diesem Zweck besteht bei Frischluft e. V. die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. Fördermitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag nach freier Wahl, mindestens jedoch 150,- DM, und erhalten regelmäßige Informationen über alle Angebote und Aktivitäten von Frischluft e. V.

Frischluft e. V. ist vom Finanzamt Bonn-Außenstadt als gemeinnützi-

gen Zwecken dienend anerkannt. Spenden sind daher steuerlich abzugsfähig.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Arbeit von Frischluft e. V. unterstützen, und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Ich möchte Frischluft e. V. durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Antrag zu.

Ich überweise in den nächsten Tagen eine Spende auf Ihr Konto 21 000 800 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) und bitte um Zusendung einer Spendenquittung. Meine Anschrift:

Bitte abtrennen und senden an:

Frischluft e. V.
Annaberger Straße 283
53175 Bonn
Telefon (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03



6. Man kann heute nicht mehr davon ausgehen, daß jeder Absolvent einer deutschen Schule richtig rechnen, schreiben und lesen kann. 50% unserer Arbeitslosen haben entweder keinen beruflichen Abschluß oder einen Abschluß unterhalb der Meister- und Technikerebene. Derzeit bleiben mehr als 8% der jungen Menschen in Deutschland ohne Hauptschulabschluß.

Wir brauchen eine Bildungsreform, die in den Schulen beginnt. Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften werden wir in Gespräche mit den Bundesländern eintreten.

Unser Ziel: Den Anteil von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß innerhalb von fünf Jahren halbieren. ■

Stopp für überhöhte Rechnungen beim Zahnersatz

Grundsätzlich den Rat der Krankenkasse einholen

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer hat vor der Bundespressekonferenz die Maßnahmen des Bundesministeriums für Gesundheit erläutert, mit denen die Patienten vor überhöhten Rechnungen beim Zahnersatz geschützt werden sollen.

■ Aufsichtsordnung mit sofortigen Vollzug

Nach Erhebungen der gesetzlichen Krankenkassen werden in 30 % der Zahnarzt-abrechnungen zu hohe Honorare bei der Neuversorgung mit Zahnersatz abgerechnet. Deshalb müssen wir im Interesse der Patienten handeln, um das geltende Recht durchzusetzen. Das Bundesministerium für Gesundheit verpflichtet daher die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), die Vertragszahnärzte über die korrekte Rechtslage bei der Abrechnung mit Zahnersatz zu informieren und rechts-widrige Informationen zu unterlassen. Dies geschieht im Rahmen einer auf-sichtsrechtlichen Anordnung mit Sofort-vollzug.

Im einzelnen wird vorgegeben, daß

- die Zahnersatzleistungen im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung bis zum 31. Dezember 1999 auf den 1,7fachen Gebührensatz der GOZ (bzw. den 1,86fachen Gebührensatz im Beitrittsgebiet mit Ausnahmen von Ost-Berlin) begrenzt sind;

- Heil- und Kostenpläne für vertragszahnärztliche Leistungen in keinem Fall in Rechnung gestellt werden dürfen;

- konservierend-chirurgische Leistungen und Röntgenleistungen, die im Zusammenhang mit Zahnersatz erbracht werden. Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind und den Versicherten nicht zusätzlich in Rechnung gestellt werden dürfen.

Die zahlreichen Gespräche mit der KZBV haben zu keinem einvernehmlichen Ergebnis geführt. Es ist bedauerlich, daß wegen einer Minderheit der Zahnärzteschaft so gehandelt werden muß, damit die Einhaltung der Honorarbegrenzung beim Zahnersatz auch allen Patienten zugute kommt.

Im übrigen sollten die Versicherten gerade beim Zahnersatz grundsätzlich den Rat ihrer Krankenkasse einholen. Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beinhalten sowohl in der Zweckmäßigkeit wie in der Qualität eine gute Versorgung mit Zahnersatz. Patienten sollten Erklärungen zu darüber hinausgehenden Leistungen nicht unterschreiben, bevor sie sich nicht mit ihrer Krankenkasse beraten haben. Rechnungen, die Überschreitungen der Honorarbegrenzungen beinhalten, sollten nicht bezahlt werden.

Diese Ratschläge sind notwendig, weil ein Teil der Zahnärzteschaft die Festzuschüsse bei Zahnersatz entgegen den Regelungen des geltenden Rechts dazu mißbraucht, überhöhte Rechnungen auszustellen. Diese haben das neue Recht von Anfang an unnötig in Mißkredit gebracht. Deshalb gibt es für mich als zuständigen Minister keine andere Wahl, als diesem Verhalten wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

Ein Debakel für die Opposition

Zur Vorlage des Schlußberichts des 1. Untersuchungsausschusses „Plutonium“ erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Obmann im 1. Untersuchungsausschuß „Plutonium“, **Andreas Schmidt (Mülheim)**:

Seit dem Zerfall der früheren Sowjetunion sprechen die Fakten eindeutig für die Existenz zumindest eines Anbieter- und Vermittlermarktes für illegales Nuklearmaterial. Es ist daher zu begrüßen, daß die Bundesregierung das hohe Gefährdungspotential des nuklearen Schwarzmarktes frühzeitig erkannt hat und der Bekämpfung der Nuklearkriminalität hohe Priorität einräumt.

Erfolgreicher Schlag

Der Untersuchungsausschuß endet für die Opposition mit einem Debakel. Er kommt zu dem Ergebnis, daß den deutschen Sicherheitsbehörden im Münchner Plutoniumfall ein erfolgreicher Schlag gegen kriminelle Nuklearschmuggler gelungen ist.

Der Versuch der Opposition, sich zu Lasten unserer Sicherheitsbehörden zu profilieren, ist kläglich gescheitert. Der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ging es von Anfang an nur darum, vorrangig den BND, aber auch die bayerischen Sicherheitsbehörden in Verruf zu bringen, statt zielstrebig sachliche Aufklärung zu betreiben. Sie hat die Opposition während der gesamten Dauer des Untersuchungsverfahrens den unzuständigen BND für etwas verurteilt, was das bayerische Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft nach den Feststellungen des Münchner Landgerichts nach Recht und Gesetz unternommen haben.

Verheerende Folgen

Wer unsere Sicherheitsbehörden derart diffamiert, darf keine bundespolitische Verantwortung für die innere Sicherheit in unserem Land übernehmen. Die Aufarbeitung des Münchener Plutoniumfalles beweist exemplarisch, daß Rot-Grün verheerende Folgen für innere Sicherheit in diesem Lande hätte.

■ Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ)

Nach dem Einigungsvertrag sind die für Heilberufe (Ärzte, Zahnärzte und Hebammen) bestehenden Gebührenordnungen im Osten entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Dies ist für den 1. 1. 1999 vorgesehen. Dabei sollen die Gebühren auf 90 % der Bewertungen des in den alten Ländern geltenden Niveaus angehoben werden. Dies gilt allerdings nicht für Leistungen im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung; denn sonst müßten die gesetzlichen Bestimmungen des SGB V, die für diese Leistun-

gen eine von den alten Ländern abweichende Begrenzung der Vergütung vorsehen, geändert werden. Dies ist bis zum Inkrafttreten der Anpassung der GOZ nicht mehr realisierbar.

Die GOZ wird jetzt in die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung gegeben. Sollte die Auseinandersetzung mit den Zahnärzten um die Auslegung der gesetzlichen Neuregelungen zum Zahnersatz andauern, kann auf eine klarstellende Ergänzung der GOZ zur Definition der vertragszahnärztlichen Leistungen beim Zahnersatz nicht verzichtet werden. Andernfalls würde die rechtswidrige Anwendung der gesetzlichen Neuregelungen belohnt werden. ■

Betriebliche Pensionsfonds

Die Diskussion weiterführen auf der Basis des vorgelegten Berichts

Nach Abschluß seiner Beratungen hat der Arbeitskreis „Betriebliche Pensionsfonds“ am 7. Juli seinen Bericht an das Bundesministerium der Finanzen übergeben. Dieser Arbeitskreis war zu Jahresbeginn vom „Forum Finanzplatz“ beim Bundesministerium der Finanzen eingesetzt worden. Zur Übergabe des Berichtes erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Jürgen Stark:

Die im Bericht des Arbeitskreises „Betriebliche Pensionsfonds“ niedergelegten Ergebnisse sind aus Sicht des Bundesministeriums der Finanzen positiv zu beurteilen.

Der Vorschlag, drei neue Wege der betrieblichen Altersversorgung einzuführen, ist geeignet, die Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland zu stärken. Dies hat positive Auswirkungen auf die begünstigten Arbeitnehmer. Durch die anlageorientierten Pensionsfonds können Arbeitnehmer an den Renditen der Aktien- und Beteiligungswerte teilhaben.

Auch die Arbeitgeber können bei Umsetzung der Vorschläge profitieren. Insbesondere durch die vorgeschlagenen anlageorientierten Pensionsfonds stünde ihnen ein flexibles Instrument zur Verfügung, mit dem erstmals in Deutschland beitragsbezogene Zusagen auf eine betriebliche Altersversorgung möglich würden.

Gleichzeitig wird bei Umsetzung der Vorschläge der Finanzplatz Deutschland gestärkt. Sowohl das Kapitalangebot als auch die Kapitalnachfrage würden erhöht. Dies würde sich positiv auf die Kapitalmärkte und insbesondere auf die im internationalen Vergleich in Deutschland ge-

ring ausgeprägte Aktienkultur auswirken.

Der Arbeitskreis rechnet bei Umsetzung seines Vorschlages mit Steuerausfällen in der Größenordnung von 2 bis 3 Mrd. DM. Demgegenüber würde die Umsetzung der Forderung, alle Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung nachgelagert zu besteuern, durch die Auswirkung auf die steuerliche Behandlung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und die private Altersvorsorge Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge haben. Dazu haben die öffentlichen Haushalte keinen Spielraum.

Nachdem im Februar 1998 dem Deutschen Bundestag sowohl Entschließungsanträge der CDU/CSU- und FDP-Fraktion als auch der SPD-Fraktion zur Einführung betrieblicher Pensionsfonds vorlagen, kann auf der Basis des jetzt vorgelegten Berichtes die Diskussion weitergeführt werden, um in der nächsten Legislaturperiode schnell zu einem parteiübergreifenden Konsens zu kommen.

Ostdeutschland wieder auf der Überholspur

Die ostdeutsche Wirtschaft gewinnt wieder an Fahrt. Nachdem das Wachstum der neuen Bundesländer 1997 hinter das in Westdeutschland zurückgefallen war, hatte der Osten im ersten Vierteljahr 1998 mit vier Prozent gegenüber den alten Ländern (3,8 Prozent) wieder knapp die Nase vorn. Das geht aus dem neuesten Bericht des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor.

Kostenlose Beratungsstunde zur Verbesserung der Innovationsquote

Welchen Beitrag Politik leisten kann, um Arbeit für den Standort Deutschland zu gewinnen – mit diesem Thema beschäftigt sich der Vorsitzende der CDU/CSU Bundestagsfraktion, **Wolfgang Schäuble**, in einer neuen Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS).

In Heft 55 der KAS Reihe „Aktuelle Fragen der Politik“ sind zudem Beiträge von Peter D. Sutherland, ehemals Generaldirektor des GATT und der WTO und heute Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs International, von Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, von Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Direktor des Instituts für Internationale Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn, sowie von Jochen Kienbaum, Vorsitzender Geschäftsführer der Kienbaum und Partner GmbH.

Mehr Mut zum Markt

Arbeitsplätze durch mehr Mut zum Markt ist das übergreifende Thema aller Beiträge. Dabei spricht sich Prof. Neumann, der zugleich dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft vorsitzt, für Reformen des deutschen Tarifsystems aus, um wieder mehr Arbeitslosen eine Chance auf Beschäftigung zu geben.

Peter D. Sutherland zieht einen Vergleich zu den USA und stellt fest, daß kulturelle, mentale und institutionelle Unterschiede mitursächlich sind für die unterschiedlichen Be-

schäftigungsentwicklungen in Europa und Amerika.

Mit Jochen Kienbaum gibt einer der renommiertesten deutschen Unternehmensberater eine kostenlose Beratungsstunde, wie die Innovationsquote in den Betrieben erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert werden kann. Daß sich die Zukunft der Arbeit letztlich in den Köpfen und Herzen der Menschen entscheidet - zu diesem Fazit kommt Prof. Dr. Heinz Riesenhuber in seinem Statement. Er deckt auf, wo genau neue Beschäftigungschancen liegen.

Ideen auch umsetzen

Sein Credo: Die Politik müsse die Rahmenbedingungen so setzen, daß Menschen, die unternehmerisch tätig sind oder werden wollen, ihre Ideen auch erfolgreich umsetzen können.

Auf die vielen Verbesserungsmöglichkeiten verweist auch Wolfgang Schäuble. Er macht in seinem Schlußappell deutlich, daß wir am Ende dieses Jahrhunderts über eine der besten Positionen im internationalen Wettbewerb verfügen: „Wenn wir diese gute Ausgangsbasis nutzen und uns weiter anstrengen, dann können wir durchaus optimistisch in die Zukunft blicken.“

Die neue Ausgabe der „Aktuellen Fragen der Politik“ (Heft 55) faßt einige Beiträge unseres Leitkongresses „Arbeitsplätze durch mehr Mut zum Markt“ zusammen.

Was sich zum 1. Juli geändert hat

Ehe- und Familienrecht

Am 1. Juli 1998 treten einige gesetzliche Änderungen in Kraft, die vor allem Eltern betreffen. Diese können von da an auch dann gemeinsam für ihre Kinder sorgen, wenn sie nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet sind. Das Wort nichtehelich wird es in der Amtssprache künftig nicht mehr geben. Das ist ein Kernpunkt des neuen Kindschaftsrechts.

● Sorgerecht

Unverheiratete können das gemeinsame Sorgerecht für ihre Kinder beantragen. Bei Geschiedenen bleibt das gemeinsame Sorgerecht bestehen, wenn kein Elternteil etwas anderes beantragt. Eine Prüfung der Familiengerichte ist nicht vorgesehen. Die Richter müssen nur entscheiden, wenn ein Elternteil gegen den Willen des anderen die Alleinsorge übernehmen will.

● Umgangsrecht

Das Kind erhält ein Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen, die gleichzeitig zum Umgang mit dem Kind verpflichtet werden.

● Adoptionsrecht

Die Adoption eines nichtehelichen Kindes, die bisher auch ohne Einwilligung des Vaters möglich war, erfordert künftig die Zustimmung beider Elternteile.

● Namensrecht

Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft können bei gemeinsamem Sorgerecht einvernehmlich den Namen des Vaters oder der Mutter zum Geburtsnamen des Kindes bestimmen.

● Unterhaltsrecht

Nicht nur Mütter, sondern auch Väter nichtehelicher Kinder können vom ande-

ren Elternteil Betreuungsunterhalt verlangen, wenn sie sich um das Kind kümmern.

● Erbrecht

Nichteheliche und eheliche Kinder werden im Erbrecht gleichgestellt. Für vor dem 1. Juli 1949 geborene Kinder bleibt es aber bei der bisherigen Gesetzeslage.

● Kindesunterhaltsgesetz

Die unterschiedlichen Vorschriften für Scheidungskinder und uneheliche Kinder beim Unterhalt werden vereinheitlicht. Der bisher starre Regelunterhalt kann bis zur 1,5fachen Höhe aufgestockt werden. Die nach Alter des Kindes gestaffelten Unterhaltsregelbeträge werden alle zwei Jahre automatisch an die Entwicklung des Nettolohns angepaßt. Zur Ermittlung des genauen Einkommens des Unterhaltspflichtigen erhalten die Gerichte die Befugnis, Auskünfte von Arbeitgebern, Sozialleistungsträgern und Versicherungsunternehmen schriftlich einzuholen.

● Eheschließungsrecht

Das Aufgebot wird abgeschafft und durch die schlichte „Anmeldung zur Eheschließung“ ersetzt, die auch nicht mehr ausgehängt werden muß. Trauzeugen sind künftig ebenfalls nicht mehr vorgeschrieben. Ehen etwa zwischen Schwiegertochter und Schwiegervater werden nun erlaubt. Auch das Eheverbot das Frauen untersagte, vor Ablauf von 302 Tagen nach einer Scheidung wieder zu heiraten, wird ersatzlos gestrichen.

Handelsrechtsreform

Im Mittelpunkt der Novelle des Handelsrechts steht der Begriff Kaufmann. Die Unterscheidung in Muß-, Soll- und Kann-

Kaufleute wird aufgegeben. Künftig kann sich jeder Gewerbetreibende, auch der kleinste Unternehmer, ins Handelsregister eintragen lassen. Eingeführt wird offiziell die Bezeichnung „eingetragene Kauffrau“, die es bisher nicht gab. Zu den weiteren Neuerungen gehört, daß nach dem Ausscheiden eines Gesellschafters die Firma im Regelfall weitergeführt werden soll.

Jugendschutz

Für den Schutz arbeitender Kinder gelten künftig konkretere Bestimmungen als bisher. Kindern ab 13 Jahren und vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen sind Arbeiten wie Austragen von Zeitungen und Zeitschriften, Hilfe im privaten Haushalt, Botengänge und Einkaufen, Babysitting und Nachhilfeunterricht erlaubt. Allerdings dürfen solche Tätigkeiten nicht mehr als zwei Stunden täglich (in landwirtschaftlichen Familienbetrieben drei Stunden) ausgeübt werden. Tabu sind die Stunden zwischen 18.00 und 8.00 Uhr sowie Zeiten vor und während des Schulunterrichts. Zwei Tage pro Woche müssen arbeitsfrei bleiben. Für Kinder und vollzeitschulpflichtige Jugendliche verboten sind gefährliche Tätigkeiten und Akkordarbeiten.

Landwirtschaft

Die Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft wird um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt von 9,5 auf 10 Prozent erhöht. Die Vorsteuerpauschale für die Forstwirtschaft steigt um 1 Prozentpunkt von 5 Prozent auf 6 Prozent. Allein den pauschalierenden Landwirten bringt die Erhöhung 260 bis 280 Millionen DM im Jahr.

Verkehr

Gurtmuffel werden stärker zur Kasse gebeten – auch dann, wenn sie selbst ange-

schnallt sind, aber vergessen haben, mitfahrende Kinder vorschriftsmäßig zu sichern. Wer den Sicherheitsgurt nicht angelegt und erwischt wird, zahlt künftig 60 statt 40 DM Verwarnungsgeld. Wer ein Kind völlig ungesichert im Auto mitnimmt, bekommt 80 DM auferlegt; bei mehreren Kindern erhöht sich der Betrag auf 100 DM und einen Punkt im Flensburg-Verkehrszentralregister. Wird das Kind zwar angeschnallt, fehlt aber der vorgeschriebene Kindersitz, sind zur Verwarnung 60 DM (mehrere Kinder: 75 DM) fällig.

● Alkoholsünder

Alkoholsünder sind künftig bereits ab 0,5 Promille Blutalkohol „fällig“: Ihnen drohen 200 DM Bußgeld und zwei Punkte in Flensburg.

● Drogen am Steuer

Wer unter Drogeneinfluß am Steuer erwischt wird, der wird – entsprechend der 0,8-Promille-Regelung – mit einmonatigem Fahrverbot, 500 DM Geldbuße und vier Punkten in Flensburg belegt.

● Überholverbot

Wer an warnblinkenden Bussen verbotswidrig überholt oder nicht Schritt fährt, wird wegen Verstoßes gegen das Überholverbot oder Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit bestraft.

● Behindertenparkplatz

Die unberechtigte Benutzung eines Behindertenparkplatzes zieht künftig ein erhöhtes Verwarnungsgeld von 75 DM nach sich.

● Illegale Autorennen

Teilnehmer und Veranstalter illegaler Autorennen haben mit vier Flensburg-Punkten und bis zu 400 DM Bußgeld zu rechnen.

Unter Abwägung aller Gesichtspunkte:

Schulamts lehnt Einstellung ab

Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan hat die Entscheidung des Oberschulamts Stuttgart betätigt, Frau Ludin nicht in den Schuldienst des Landes einzustellen. Das Oberschulamts hatte auf der Grundlage eines Einstellungsgesprächs am 9. Juli 1998 unter Abwägung aller Gesichtspunkte und Kriterien – Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – entschieden, daß die Bewerberin nicht für den öffentlichen Schuldienst geeignet ist.

Die Kriterien zur Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern für ein öffentliches Amt sind durch Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) vorgegeben. Gleichzeitig gebietet Art. 33 Abs. 3 GG, daß die Entscheidung ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis zu treffen ist. Kein Grundrecht kann aber ohne Rücksicht auf andere Werte Geltung beanspruchen. Die Tragweite des Grundrechts auf Religionsfreiheit (Art. 4 GG) erschließt sich erst aus der Zusammenschau mit dem Grundsatz der Objektivität und Neutralität der Amtsführung (Art. 33 Abs. 5 GG) sowie mit der sich aus den Art. 4 GG (negative Religionsfreiheit) und Art. 7 GG ergebenden speziellen Neutralitätspflicht für den Bereich der öffentlichen Schulen.

Im konkreten Fall

Vor diesem Hintergrund ist ein generelles Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen und Hochschulen für Schülerinnen, Studentinnen, Referendarinnen, Dozentinnen und Lehrerinnen gleichermaßen aller Voraussicht nach verfassungswidrig und im Blick auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit unverhältnismäßig. Die Entscheidung kann nur für den konkreten Fall ei-

ner Übernahme in den Staatsdienst – hier in den Schuldienst – getroffen werden. Dazu ist im Sinne einer Zusammenschau aller zu berücksichtigender Grundrechte und Pflichten eine Güterabwägung vorzunehmen.

„Frau Ludin ist im vergangenen Jahr zum Vorbereitungsdienst zugelassen worden, weil bei dieser Güterabwägung das Ausbildungsmonopol des Staates bei der Lehrerbildung für mich die entscheidende Rolle gespielt hat“, so die Kultusministerin. „Bei der jetzigen Entscheidung über eine Einstellung in den Staatsdienst mußte eine Abwägung der Rechte und Pflichten von Frau Ludin als Lehrerin an einer öffentlichen Schule und der Belange der Schülerinnen und Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten vorgenommen werden. Hierzu gehört auch die innerislamische Diskussion um die Bedeutung des Kopftuchs jenseits der persönlichen Motive von Frau Ludin. Das Tragen des Kopftuches gehört nicht zu den religiösen Pflichten einer Muslimin. Das ist u. a. daraus erkennbar, daß eine Mehrheit muslimischer Frauen weltweit kein Kopftuch trägt. Das Kopftuch wird vielmehr in der inner-islamischen Diskussion auch als Symbol für kulturelle Abgrenzung und damit als politisches Symbol gewertet.“

Kein Glaubensmerkmal

Frau Ludin hat erklärt, daß sie im Fall ihrer Übernahme in den Staatsdienst als Lehrerin an einer öffentlichen Schule darauf bestehe, auch zukünftig im Unterricht das Kopftuch zu tragen. Dies sei ein Merkmal ihrer Persönlichkeit, nicht Ausdruck ihres Glaubens.

Unverzichtbarer Dienst für die Gesellschaft

Bundespräsident Roman Herzog hat am 6. Juli in Anwesenheit von Bundesministerin Claudia Nolte und dem Bundesbeauftragten für Zivildienst, Dieter Hackler, erstmals 20 Zivildienstleistende zu einem Gespräch im Schloß Bellevue in Berlin empfangen. Die Zivildienstleistenden kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik.

Sie sind in verschiedenen Einsatzfeldern, wie zum Beispiel in Betreuungsdiensten, Krankentransport, individueller Schwerkraftbetreuer bis hin zum Natur- und Umweltschutz eingesetzt.

„Die Zivildienstleistenden verdienen für ihren engagierten Dienst vor allem für die Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft Dank und Anerkennung aller Bürger“, sagte Herzog. Besonders beeindruckt zeigte sich der Bundes-

präsident von der Aufgeschlossenheit gegenüber schwierigen Anforderungen im sozialen Bereich und der persönlichen Zielstrebigkeit der jungen Männer. Man spüre, daß sie sich mit großer Verantwortungsbereitschaft ihrem Dienst widmen.

Bundesministerin Nolte freute sich über die Würdigung der Zivildienstleistenden durch den Bundespräsidenten: „Dies ist eine Auszeichnung für alle 144.000 Zivildienstleistenden, die mit großem Engagement als Helfer im unmittelbaren Dienst am Menschen und im Natur- und Umweltschutz wertvolle Dienste für unsere Gesellschaft leisten. Dies sowohl in der täglichen Arbeit als auch in Katastrophenfällen wie dem Oderhochwasser 1997 und dem ICE-Unglück bei Eschede im vergangenen Monat.“

In einer öffentlichen Schule muß eine Lehrerin als erzieherisches Vorbild, als Repräsentantin des Staates und seiner Werte und Normen wirken. Dazu gehört an entscheidender Stelle auch die Toleranz. Wer dazu erziehen will, muß sie auch vorleben. Toleranz gründet auf Gegenseitigkeit. Gerade dann, wenn in einer Gesellschaft Menschen, die zu verschiedenen Religionen und Kulturen gehören, friedlich miteinander leben sollen, gewinnt eine auf Gegenseitigkeit beruhende Toleranz an Bedeutung und ist Grundlage für das Zusammenspiel der verschiedenen Freiheiten. Sozialer Friede kann gefährdet werden, wo religiöse Symbole auch als politische vereinnahmt werden und als Symbol kultureller Abgrenzung eingesetzt werden können.

Fehlende Eignung

„Aufgrund ihrer Vorbildfunktion, die sie als Repräsentantin des Staates inne hat, muß von Frau Ludin erwartet werden können, daß sie – unabhängig von ihrer eigenen Überzeugung – um die tatsächliche Gefahr der Vereinnahmung des Kopftuches auch als politisches Symbol weiß und die damit verbundene Signalwirkung, nicht zuletzt für die Situation anderer Frauen im Islam, sieht“, so Frau Schavan. „Wenn Frau Ludin darauf besteht, dennoch das Kopftuch im Unterricht zu tragen, kann sie nicht in den Schuldienst übernommen werden. Durch diese Entscheidung macht sie deutlich, daß ihr die Eignung fehlt, die öffentliche Signalwirkung ihrer persönlichen Entscheidung zu berücksichtigen.“

Bundesrat bestätigt erfolgreiche Politik zur inneren Sicherheit

Zur Sitzung des Bundesrates am 10. Juni und den Abstimmungen zu verschiedenen Gesetzentwürfen der Koalition zur inneren Sicherheit erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Mit den nunmehr im Bundesrat abschließend beratenen Gesetzentwürfen hat die CDU/CSU-FDP-Koalition nochmals wichtige Signale zur Stärkung der Inneren Sicherheit gegeben. Sie hat dadurch eindringlich ihren Handlungswillen und ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

DNA – Identitätsfeststellungsgesetz

Mit dem DNA-Identitätsfeststellungsgesetz wird ein zentrales Anliegen der Koalition, den Schutz vor Sexualstraftätern, insbesondere den Schutz von Kindern, zu verbessern, für diese Legislaturperiode vollendet. Bereits in den vergangenen zwei Jahren zuvor haben wir wichtiges geleistet:

- mit dem Gesetz zum Schutz vor Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten, das insbesondere den Schutz vor Rückfalltaten durch Therapie, strengere Anforderungen an eine vorzeitige Entlassung, Führungsaufsicht und Sicherungsverwahrung verbessert;

- mit dem Sechsten Strafrechtsreformgesetz haben wir die Strafrahmen für Sexualdelikte, insbesondere bei Taten gegen Kinder, deutlich angehoben;

- mit dem Zeugenschutzgesetz wird der Einsatz von Videotechnologie ermöglicht und so den betroffenen Kindern die Konfrontation mit dem Täter erspart; des Weiteren wurden der sog. Zeugenbeistand und der sog. Opferanwalt gesetzlich geregelt;

- mit dem Opferanspruchssicherungs-gesetz wurde zugunsten der Opfer von Straftaten ein gesetzliches Pfandrecht an Honorarforderungen für die Vermarktung der Tat durch den Täter geschaffen.

Das jetzt auch vom Bundesrat gebilligte DNA-Identitätsfeststellungsgesetz wird die Ermittlungen auch gegen Sexualstraftäter erheblich erleichtern und schnelle Fahndungserfolge ermöglichen. Auf der Grundlage des im vergangenen Jahr verabschiedeten BKA-Gesetzes wurde dieses Jahr beim Bundeskriminalamt eine DNA-Analyse-Datentei eingerichtet. Durch eine Erweiterung der Erhebungsvorschriften der Strafprozeßordnung wird jetzt ermöglicht, die Genanalyse für Zwecke des Erkennungsdienstes auch bei wegen schwerwiegender Straftaten bereits verurteilten Tätern vorzunehmen. Darüber hinaus wird die Genomanalyse auch dann möglich sein, wenn sie zwar nicht im Zusammenhang mit einem laufenden Strafverfahren zur Überführung des Beschuldigten erforderlich ist, nach richterlicher Prognose aber zur Identifizierung in zukünftigen Strafverfahren benötigt wird.

Moderne kriminaltechnische Untersuchungsmethoden gewinnen bei der Aufklärung von Verbrechen immer größere Bedeutung. Es kam darauf an, die 1996 verabschiedete gesetzliche Regelung des „genetischen Fingerabdrucks“ (DNA-Analyse) für die praktische Arbeit der Strafverfolgungsbehörden und der Polizei besser und effektiver nutzbar zu machen.

Korruptionsgesetze

Vergangenes Jahr haben wir für den innerstaatlichen Bereich das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption verabschiedet. Jetzt haben wir weitere für die Bekämpfung

der internationalen Korruption notwendige Voraussetzungen geschaffen.

Korruption ist längst fester Bestandteil der international organisierten Kriminalität. Sie ist deshalb keine Erscheinung, die sich von Staatsgrenzen aufhalten läßt. Die politischen und polizeilichen Aufgaben der internationalen Verbrechensbekämpfung – und damit der Korruptionsbekämpfung – kann aber heute kein Staat mehr für sich alleine lösen. Erforderlich sind deshalb internationale Vereinbarungen. Das grenzenlos wuchernde Geschwür der Korruption muß mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung wird das durch die OECD initiierte und am 17. Dezember 1997 in Paris von 33 Staaten unterzeichnete Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr umgesetzt. Zu den Kernpunkten des Gesetzes zählt, die einschlägigen Bestechungsvorschriften des Strafgesetzbuches auf die Bestechung von ausländischen Amtsträgern, Richtern und Soldaten auszudehnen. Auch die Bestechung ausländischer Parlamentarier im internationalen geschäftlichen Verkehr wird unter Strafe gestellt. Schließlich wird der Anwendungsbereich des deutschen Strafrechts auf alle Bestechungshandlungen erweitert, die von Deutschen im Ausland begangen werden.

Das EU-Bestechungsgesetz setzt das Protokoll vom 27. September 1996 zu dem Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft um. Gleichzeitig werden auch die Verpflichtungen aus dem EU-Bestechungsübereinkommen vom 26. Mai 1998 erfüllt. Dazu sieht das Gesetz eine Ausdehnung der einschlägigen Vorschriften des Strafgesetzbuches auf die Bestechung und Bestechlichkeit von Amtsträgern der Mitgliedsstaaten und von Gemeinschaftsbeamten vor. Es enthält außerdem eine Regelung, die die

Möglichkeit der Strafverfolgung von im Ausland begangenen Bestechungshandlungen deutlich erweitert. Dies gilt insbesondere für von oder gegenüber Deutschen begangene Taten.

Nicht vergessen werden darf aber: Das Strafrecht ist nur begrenzt zum Zurückdrängen der Korruption imstande. Neben dem Bemühen von Wirtschaft und Verwaltung, Präventionsmaßnahmen zu verstärken, kommt es maßgeblich auf die Bereitschaft der Gesellschaft an, Korruption insgesamt zu ächten. Der Kampf gegen die Korruption wird in den Köpfen der Bürger entschieden. Pflichtgefühl, Loyalität und der Respekt vor dem Gemeinwohl dürfen keine vergessenen Werte sein.

EG-Finanzschutzgesetz

Gelder, die in den gemeinsamen Topf der Europäischen Gemeinschaften fließen, müssen vor kriminellem Zugriff geschützt werden. Betrügereien zu Lasten der Haushalte der Europäischen Gemeinschaften haben besorgniserregende Ausmaße angenommen. Mit dem EG-Finanzschutzgesetz wird das Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften umgesetzt. Ziel des Übereinkommens ist es, Subventionsbetrügereien und die Hinterziehung von Zöllen und Abschöpfungen zu Lasten der Haushalte der Europäischen Gemeinschaft wirkungsvoller zu bekämpfen. Neben der Festschreibung bestimmter strafrechtlicher Mindestnormen sieht das Übereinkommen eine verbesserte internationale Zusammenarbeit bei der Verfolgung solcher Straftaten vor. Da das deutsche Recht bereits seit langem umfassende strafrechtliche Regelungen auch zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft enthält, bedurfte es zur Umsetzung des Übereinkommens nur weniger Ergänzungen. Dazu gehört die Anpassung der Strafvorschrift über Subventionsbetrug. ■

Sozialhilfeausgaben bestätigen eindrucksvoll die Politik der Koalition

Zu den veröffentlichten Vorwegberechnungen der Sozialausgaben für das Jahr 1997 durch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

Der deutliche Ausgabenrückgang in der Sozialhilfe (11 %) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (7,2 %) im Vergleich zum Jahr 1996 ist ein klarer Erfolg für die Politik der Koalition. Dies wird durch folgenden Zahlen belegt:

Gesamtausgaben für Sozialhilfe (in Mrd. DM):

1992	1994	1996	1998
42,6	49,6	49,8	44,4

Im wesentlichen kann der Ausgabenrückgang im Bereich der Sozialhilfeausgaben 1997 von über 5 Mrd. DM auf zwei Faktoren zurückgeführt werden:

Gesamtausgaben Asylbewerberleistungsgesetz (in Mrd. DM):

1994	1996	1997
5,5	5,6	5,2

Die Pflegeversicherung hat 1997 erstmals im ambulanten und stationären Bereich für das gesamte Jahr entlastend gewirkt. Die 1996 durchgeführte Sozialhilfereform hat den Anstieg der Regelsätze und der Pflegesätze in Einrichtungen begrenzt sowie durch weitere Instrumente zur Kostenentlastung beigetragen.

Der Ausgabenrückgang der beiden Sozialleistungen von fast 6 Mrd. DM kommt

den kommunalen Haushalten zugute, die vielfach am Ende der finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind.

Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetz läßt sich der Rückgang durch das am 1. 6. 1997 in Kraft getretene Erste Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes erklären, das den Anwendungsbereich des Gesetzes neben den Asylbewerbern auf die Bürgerkriegsflüchtlinge und die geduldeten Ausländer für die Zeit von 36 Monaten ausgeweitet hat. Hinzu kommt die allgemein rückläufige Zahl der Asylanträge.

Asylbewerberzahlen im Monat Juni

Im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Juni 1998 7.864 Personen (Vormonat: 6.798 Personen) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 1.066 (15,7 %) höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (Juni 1997: 8.322) hat sich die Zahl der Asylbewerber im Juni 1998 um 458 (5,4 %) verringert.

Weiterhin angestiegen ist der Zugang der Asylbewerber aus der Bundesrepublik Jugoslawien. Im Juni 1998 kamen mit 2.804 Personen 35,7 % aller Asylbewerber aus der Bundesrepublik Jugoslawien. Dies ist der höchste Zugang seit November 1995 (3.274 Personen). Als Asylberechtigte anerkannt wurden 500 Personen (4,4 %), Abschiebeschutz erhielten 279 Personen (2,5 %).

Argumente

Wie sich das neue Asylrecht bewährt

Nach innen befriedend, nach außen klarstellend und ein Markstein für die Zukunft – mit diesen Worten beschreibt Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CSU/CSU-Bundestagsfraktion, das neue Asylrecht, das am 26. Mai 1993 vom Bundesrat verabschiedet worden ist.

Lange Verhandlungen waren der Änderung des Asylgrundrechts vorausgegangen, bevor sich CDU/CSU, SPD und FDP am 6. Dezember 1992 auf einen Parteienkompromiß einigten, dem ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Februar desselben Jahres zugrunde lag.

Über 474.000 Personen hatten in den 12 Monaten vor Inkrafttreten des neuen Asylrechts in Deutschland Asyl beantragt und für Zuwanderung zu Beschäftigungszwecken ein Grundrecht beansprucht, das von den Verfassungsvätern vor mehr als 40 Jahren ausschließlich für politisch Verfolgte vorgesehen war.

Mißbrauch des Asylrechts fand in einem Ausmaß statt, das eine Neuregelung unumgänglich machte:

- um den wirklich politisch Verfolgten auch weiterhin Schutz und Zuflucht zu gewähren,
- um aber diejenigen wirksam auszuschließen, die in ihrer Heimat keiner Verfolgung ausgesetzt waren, und – ganz besonders wichtig:
- um das Asylverfahren verkürzen.

Nach der alten Regelung hatte jeder Ausländer das Recht auf umfassende Prüfung seines Asylantrags, selbst wenn die vorgebrachten Gründe schon von vornherein keinerlei Aussicht auf Erfolg erkennen ließen.

In vielen Fällen dehnte sich auf diese Weise die Zeit des Wartens auf Bescheid zu einer Art Dauerbleiberecht aus.

Die neue Regelung seit dem Sommer 1993:

1 Das Grundgesetz verbürgt mit seinem Artikel 16a nach wie vor den **Schutz** durch das Asylrecht in der Form eines Individualgrundrechts. Im Unterschied zum bisherigen Recht begrenzt die Verfassung in den weiteren Absätzen aber den **Schutzumfang** und schreibt die Grundsätze für das Verfahren vor, das zu Gewährung oder Ablehnung von Asyl in der Bundesrepublik Deutschland führt.

2 Bei einer Einreise von Ausländern aus **sicheren Drittstaaten** ist eine Berufung auf das Asylgrundrecht ausgeschlossen (Artikel 16a, Absatz 2). Sie hat deshalb auch keinerlei „Vorwirkung“, die ein wenigstens vorläufiges Bleiberecht nach sich ziehen könnte.

Der Drittstaatenregelung liegt die Überlegung zugrunde, daß ein politisch Verfolgter normalerweise in dem Staat Schutz sucht, dessen Grenze er

unmittelbar nach der Flucht aus seiner Heimat überschreitet. Jede Weiterreise ist dann nicht mehr Flucht vor politischer Verfolgung, sondern Suche nach einem neuen Zufluchtstaat.

Als sichere Drittstaaten sind – neben den EG-Staaten – Norwegen, Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik festgelegt.

3 Grundgesetz Artikel 16a, Absatz 3 gibt dem Gesetzgeber die Möglichkeit, **verfolgungsfreie Herkunftsländer** festzulegen, und liefert die Kriterien, aus denen Verfolgungsfreiheit geschlossen werden kann.

Der Ausländer kann in diesem Fall jedoch geltend machen, daß er entgegen der Regelvermutung – ausnahmsweise – politisch verfolgt ist.

Als sichere Herkunftsstaaten sind festgelegt: Bulgarien, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn.

4 Grundgesetz Artikel 16a, Absatz 4 erschwert die gerichtliche Aussetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen und läßt sie nur dann zu, wenn „**ernstliche Zweifel**“ an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen. Der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden, und verspätetes Vorbringen von Gründen kann unberücksichtigt bleiben.

5 Eine wesentliche Neuerung des Asylverfahrensrechts stellt die sog. **Flughafenregelung** dar: Das Asylverfahren von Ausländern, die über einen Flughafen einreisen und

bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen, wird seit Juli 1993 vor der Einreise durchgeführt, soweit die Unterbringung auf dem Flughafengelände während des Verfahrens möglich ist.

Da der Ausländer für die Dauer des Verfahrens den Transitbereich nicht verlassen darf, kann im Fall der Ablehnung seines Antrags sein Rückflug in das Herkunftsland unverzüglich veranlaßt werden.

Die Erfolge des neuen Asylrechts:

- Die Zahl der Asylsuchenden ist von 1992 bis 1997 um über 75 Prozent zurückgegangen, 1992 auf 438.191, 1993 auf 322.599, 1994 auf 127.210, 1995 auf 127.935, 1996 auf 116.367 und 1997 auf 104.353.

- Die Zahl der beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge anhängigen Asylverfahren ist von 460.265 Ende Juni 1993 auf rund 36.000 Ende 1997 zurückgegangen.

Da die Anträge neu einreisender Asylbewerber inzwischen kurzfristig beschieden werden, fällt auch weithin der Anreiz weg, nach Deutschland zu kommen, um während der Dauer des Asylverfahrens Leistungen zu erhalten oder arbeiten gehen zu können.

Erwin Marschewski: Deutschland nimmt über die Hälfte aller in Staaten der EG Schutzsuchenden auf. Wir brauchen in Zukunft eine ausgeglichene Lastenverteilung. Eine Vereinheitlichung des Niveaus der Sozialhilfeleistungen in Europa wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin.

Mit Erfahrung und Erneuerung auf dem Weg ins vereinte Europa

Mit klaren Worten hat am 11. Juli die Landesvertreterversammlung die Landesliste der CDU in Niedersachsen zur Europawahl im Juni 1999 beschlossen.

„Mit der Mischung aus drei Europaabgeordneten und zehn Bewerbern um ein Mandat setzt die CDU ein deutliches Zeichen, daß sie Erfahrung und Erneuerung wählt für den Weg Niedersachsens ins vereinte Europa“, so der Landesvorsitzende der Niedersächsischen CDU Christian Wulff. Die 13 Kandidaten spiegeln eine Mischung und Repräsentanz aus verschiedenen Regionen Niedersachsens und unterschiedlichen Berufen wider.

Angeführt wird die Landesliste der CDU in Niedersachsen von ihrem Spitzenkandidaten Hans-Gert Pöttering. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament und zudem Präsident der Europa-Union Deutschland. „Niedersachsen liegt im Herzen Europas, und wir müssen alle Chancen für den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen, die uns aus dieser zentralen Lage erwachsen“, erklärte Pöttering.

Erfreulich, so Christian Wulff, sei auch die gleichrangige Besetzung mit weiblichen Kandidaten auf der Landesliste. Wieder auf Platz zwei soll Godelieve Quisthoudt-Rowohl aus Hildesheim ihre erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre mit Schwerpunkt auf Forschungs-, Industrie- und Europapolitik kontinuierlich fortsetzen. Auch Brigitte Langenhagen aus Cuxhaven positionierte sich wieder auf dem vierten Listenplatz. Den aussichtsreichen fünften Platz erhielt Ewa Klamt aus dem Bezirksverband Lüneburg. „Damit ist mit drei weiblichen von insgesamt fünf Kandidaten auf den aussichtsreichen Plätzen auch ein besonderes frauenpolitisches Signal verbunden“, so Wulff.

Neu auf Platz 3 wurde in der Kampfabstimmung Professor Hans-Peter Mayer aus Oldenburg, der sich unter anderem als Vorsitzender des Landesfachausschusses Oldenburg „Wirtschaftliche Entwicklung Weser-Ems und Europa“ engagiert, gewählt. Der bisherige Abgeordnete Karsten Hoppenstedt hat keine notwendige Mehrheit erreicht. Generalsekretär Hartwig Fischer hat darauf hingewiesen, daß die Versammlung der 114 Delegierten in ihrer Entscheidung frei sei.

Jugendkultur in Dresden

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 4. bis 6. September in der sächsischen Hauptstadt ein Jugendkulturseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren an. Das interessante Seminarprogramm beinhaltet u. a. eine entdeckende Stadterkundung, einen Besuch in

der Semperoper, eine Besichtigung der Dresdner Gemäldegalerie und einen Ausflug zu verschiedenen Schlössern in der näheren Umgebung. Informationen und Programme sind erhältlich bei:

**Frischluft e.V., Annaberger
Straße 283, 53175 Bonn,
Tel.: 02 28- 31 00 23 oder per
Fax: 02 28- 31 47 03**

Deutschlandtag in Erfurt

Wir gewinnen – wenn wir wollen!

2.500 Senioren aus allen Bundesländern nahmen an der Schlußkundgebung des Deutschlandtages der Senioren-Union teil. Als Redner der Schlußkundgebung konnte die Senioren-Union den Ministerpräsidenten Thüringens, Bernhard Vogel, und Bundeskanzler Helmut Kohl gewinnen.

Der CDU-Vorsitzende betonte, daß, wer mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer geht, sieht, daß es spürbar vorangeht. Ein einmaliges historisches Aufbauwerk hat begonnen, das vor allem dem unermüdlchen Einsatz der Menschen vor Ort zu verdanken ist. Die Erholung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat später eingesetzt, dennoch ist unübersehbar, daß der Trendwende im Westen zunehmend auch eine Besserung im Osten folgt: Von April bis Juni ist die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Ländern um fast 175.000 gesunken. Der Kanzler erinnerte daran, daß die Menschen in den neuen Bundesländern in den vergangenen acht Jahren eine völlige Umstellung ihrer Lebensverhältnisse zu bewältigen hatten. Die Schwierigkeiten nach



Senioren
Union 



40 Jahren sozialistischer Zwangswirtschaft zu überwinden, war in seinem ganzen Ausmaße nicht absehbar. Die CDU-geführte Bundesregierung hat aber große Erfolge erzielt, über die zu wenig gesprochen wird. Beispielsweise die Entwicklung der Renten, deren schneller Anstieg ein Stück gelebte Solidarität der Deutschen ist. Ausländische Besucher sprechen mit Hochachtung von dem, was Deutsche in den letzten acht Jahren gemeinsam geleistet haben.

Die Rentner sind die Gewinner der Einheit

Auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm betonte, die Rentner seien die ersten Gewinner der deutschen Einheit. Im letzten Jahr unter Honecker erhielten die Rentner in der ehemaligen DDR 16,7 Mrd. Ostmark. Heute erhalten die Rentner in den neuen Ländern 79 Mrd. DM. Blüm kritisierte, daß die SPD eine Sozialpolitik ohne Sinn und Verstand betreibt. Wer eine Mindestrente einführen will, berücksichtigt nicht, ob ein



Werner Münch voll rehabilitiert

Mit Freisprüchen auf Antrag nicht nur der Verteidigung, sondern auch der Staatsanwaltschaft endete in der sog. „Gehälteraffäre“ das Strafverfahren gegen den vormaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Prof. Dr. Werner Münch und seine Minister Perschau, Rehberger und Schreiber.

Rückforderungsbescheide des Landes wurden vom Obergericht in Magdeburg aufgehoben.

Alle gerichtlichen Entscheidungen sind rechtskräftig. Das Land Sachsen-Anhalt trägt sämtliche Verfahrenskosten. Zwischenzeitlich mußte es sogar Gehaltsnachzahlungen an den ehemaligen Ministerpräsidenten leisten.

Nach öffentlichen Vorverurteilungen und einem bis heute fortwirkenden beispiellosen Rufmord hat die amtierende Landesregierung bisher kein Wort der Entschuldigung gefunden.

Die CDU Sachsen-Anhalt hat mit großer Genugtuung die endgültige Bereinigung aller Vorwürfe begrüßt. Christoph Bergner: „Mit dem Urteil werden Werner Münch und die beschuldigten Minister voll rehabilitiert. Die Verleumdungskampagne gegen sie und die CDU in Sachsen-Anhalt diente der SPD seinerzeit zur Rechtfertigung ihres Zusammengehens mit der PDS.“

Arbeitnehmer beispielsweise 30 Jahre oder nur 10 Jahre gearbeitet hat. Eine Grundrente bestraft die Fleißigen.

Eine starke Bewegung

Bundesministerin Claudia Nolte gratulierte der Senioren-Union zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Die Senioren-Union ist eine starke Bewegung geworden, die sich innerhalb der Union, aber auch über Parteigrenzen hinweg, ihren guten Namen mit guter Arbeit verdient hat. Nolte bat die ältere Generation, sich weiterhin für das Gelingen der inneren Einheit zu engagieren. Die ältere Generation verbindet die gemeinsame Erfahrung von Diktatur, Not und Unfreiheit. Ältere Menschen wissen noch, daß Freiheit und Demokratie nichts Selbstverständliches sind, sondern daß sie vom Mitdenken und Mitun der Bürger abhängig sind. Dieses Erfahrungswissen weiterzugeben, ist sehr wichtig.

Bei den tournusmäßigen Neuwahlen wurde auf der 7. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der Bundesvorsitzende Bernhard Worms in seinem Amt mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Er erhielt 256 Ja-Stimmen = 98,8%. Seine Stellvertreter sind Roswitha Verhülsdonk (Rheinland-Pfalz), Erika Reinhardt MdB (Baden-Württemberg), Prof. Dr. Otto Wulff (NRW), Rolf Reinemann (Niedersachsen) und Emil Fischer (Sachsen-Anhalt).

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union warf der SPD vor, mit der PDS zusammenzuarbeiten. Kanzlerkandidat Gerhard Schröder werde auch in Bonn mit der PDS gemeinsame Sache machen, wenn es ihm nur an die Macht brächte. Worms kündigte zugleich an, die Senioren-Union werde sich aktiv in den Bundestagswahlkampf einbringen. Er rief die älteren Menschen zu einem stärkeren politischen Engagement auf. ■

Helmut Linssen

Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Politik

Herr Ministerpräsident, nachdem ich mir vorgestern Ihre Regierungserklärung angehört habe, dachte ich: Woher nimmt der Mann die Chuzpe, jetzt plötzlich aufs Gas treten zu wollen, wo er doch schon neun Jahre die Rausche Politik der Langsamkeit mitgestaltet hat! Sie tun ja gerade so, als seien Sie eben erst von einem anderen Stern gekommen! Sie können sich doch nicht hier hinstellen und so tun, als seien Sie nicht mitverantwortlich für das, was Sie jetzt verändern wollen!

Sie haben versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei die rot-grüne Sackgasse in NRW jetzt plötzlich ein Clement-Highway! Ihre ganze Regierungserklärung war darauf angelegt, die hinlänglich bekannten Streitpunkte zwischen SPD und Grünen bis zum Tag nach der Bundestagswahl unter den Teppich zu kehren. Zu wichtigen Fragen, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen bewegen, haben Sie nichts gesagt.

Sie haben nichts gesagt zur wasserrechtlichen Erlaubnis für Garzweiler II, ob diese nun – wie von Ihnen immer angekündigt – bis zum Sommer erteilt wird oder nicht.

Sie haben nichts gesagt zur Erstellung eines neuen Landstraßenbedarfsplans.

Und Sie haben nichts gesagt zum Ausbau der Flughäfen in unserem Land.

Statt dessen haben Sie so getan, als hätten Sie das Thema Verwaltungsreform neu erfunden. Darüber diskutieren wir seit sage und schreibe zwei Legislaturperioden! Und dies, ohne daß sich die nordrhein-westfälische SPD, deren stellvertretender

Vorsitzender Sie ja immerhin sind, auch nur einen Zentimeter bewegt hätte!

Ich bin gespannt, wieviel Millimeter Bewegung Sie jetzt schaffen. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich – nachdem ich während Ihrer Regierungserklärung so die eisigen Gesichter Ihrer SPD-Freunde gesehen habe – größte Zweifel habe, ob dieser plötzlich entdeckte Eifer von einer breiten Welle der Sympathie in Ihrer Partei getragen wird!

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion NRW anlässlich der Aussprache über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Clement vom 17. Juni

Sie haben im Vorfeld vom „Sanierungsfall NRW“ (Focus 30. Mai 1998) gesprochen und von der Notwendigkeit, „dieses Land wieder auf Vordermann zu bringen“ (WDR-Fernsehen, 11. Mai 1998).

Sie haben davon gesprochen, daß NRW im Ländervergleich 80.000 Unternehmen mit rund 300.000 Arbeitsplätzen zu wenig hat.

Sie haben davon gesprochen, daß wir in NRW auf etlichen Feldern – verglichen mit den Niederlanden – schlichtweg nicht gut genug seien. Und Sie haben von „Vorbereitung für die wichtigen Richtungsentscheidungen“ gesprochen (WDR-Fernsehen, 27. Mai 1998).

Sie haben angekündigt, Stoiber bekomme mit Ihnen nun endlich „einen wirklichen Partner“ (Rheinische Post, 15. Juni 1998).

Nach so vielen Ankündigungen, Eingeständnissen und Selbstlob hätte ich dazu in Ihrer Regierungserklärung Klartext erwartet, Herr Ministerpräsident!

Statt dessen erlebten wir diese Regierungserklärung als zweiten Akt einer Inszenierung, die aus einer Amtsübergabe einen Epochenwechsel machen wollte. Herrn Clement erlebten wir dabei in einer Doppelrolle. Mit solch dynamischen Texten wie „Tempo der Modernisierung jetzt nochmal steigern“, „erstklassige Antworten auf die neuen Herausforderungen“ oder „intelligente Vernetzung“ gab er das Modell „Gerhard“ Clement: wenig Konkretes, aber dafür um so dynamischer!

Deutliche Ohrfeige für Rau

Herr Ministerpräsident, ich habe mich in den letzten Tagen und Wochen so manches Mal gefragt, wie Ihr Amtsvorgänger die eine oder andere Bemerkung von Ihnen wohl aufgenommen hat. Wenn Sie bei der Vorstellung des neuen Kabinetts davon sprechen, Sie wollten mit dieser Mannschaft „Handlungskompetenz zurückgewinnen und Steuerungsfähigkeit wieder herstellen“ (Pressekonferenz Clement 9. Juni 1998), dann kann ich mir eine deutlichere Ohrfeige für Ihren Amtsvorgänger kaum vorstellen.

Johannes Rau ist sicherlich ehrlich, wenn er heute eingesteht, daß ihn der mit Hilfe einflußreicher Genossen und medialer Ränkespiele erzwungene Rücktritt tief verletzt hat.

Ich kann mir schon denken, was Herr Müntefering auf dem Sonderparteitag der SPD gemeint hat, als er sagte, daß „in Düsseldorf zuviel im Hintergrund hinterhältig gequatscht“ wurde! Kein Wunder, daß Ihnen, Herr Clement, ein Landesvorsitzender Müntefering vor die Nase gesetzt wurde. Und das, obwohl Sie doch ausdrücklich beide Ämter übernehmen wollten.

Die alte Platte neu aufgelegt

Zurück zu Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident. Genau wie die Kabinettsumbildung war sie alles andere als ein großer Wurf. Da ist keine großartig neue Politik, da sind keine großartig neuen Gesichter in Ihrer Regierung. Ich höre vage Ankündigungen, höre die Neuaufgabe der alten Schallplatte mit den üblichen Schuldzuweisungen nach Bonn.

Gut sind Sie nur, wenn Sie Begriffe und Ideen aus dem CDU-Wahlprogramm klauen und unsere Initiativen abkupfern: Subsidiaritätsprinzip, Privatisierung, Immobilienmanagement, Verkauf von Beteiligungs- und Liegenschaftsvermögen des Landes für die Finanzierung von Infrastrukturen, wertorientierte Leistungsschule, Autonomie der Hochschulen. Umwelt-pakt Nordrhein-Westfalen, beschleunigter Bürokratieabbau usw. usw.

Die Frage ist nur: Glauben Sie ernsthaft, das mit Ihrer Partei und Ihrem Koalitionspartner umsetzen zu können?

Verlegenheits-Mannschaft

Auch mit der Reduzierung der Anzahl der Ministerien haben Sie eine Idee der CDU übernommen. Alleine mit der Reduzierung der Anzahl der Ministerien ist es aber nicht getan. Wir hätten uns einen Gold-Achter und keine Verlegenheits-Mannschaft gewünscht. Auf den Zuschnitt der Ministerien kommt es an und auf die Köpfe, die diese Ministerien führen sollen. Und am Zuschnitt verschiedener Ministerien und bei der Kompetenz einiger Köpfe haben wir so unsere dicken Fragezeichen!

Aber vielleicht kommt's auch gar nicht so sehr auf die Ministermannschaft an. Der neue SPD-Landesvorsitzende Müntefering will ja jetzt jeden Monag eine „Schaltkonferenz“ mit Ihnen und dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD veranstalten. Das heißt, daß das Politbüro dann sagt, was die Landesregierung zu tun hat. Herr Müntefering

ring hat angekündigt: „Allerdings ist es nötig, daß die Partei auf gleicher Gedankenhöhe ist wie die Regierenden“, was die Regierung mache, müsse auch in der Partei gewollt sein (Rheinische Post, 15. Juni 1998). So erfüllt sich ausgerechnet in Nordrhein-Westfalen doch noch der alte Traum des Sozialismus: die Einheit von Staat und Partei!

Kein großer Wurf

Das neue Kabinett ist nicht der große Wurf, aber warum soll es Ihnen, Herr Clement, anders gehen als Herrn Schröder!? Profilierte Köpfe außerhalb der Fraktion haben sich für die Zusammenarbeit in Ihrem Landeskabinett offensichtlich nicht begeistern lassen.

Was die Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium angeht, habe nicht nur ich starke Bedenken. Das traditionelle Konkurrenzverhältnis zwischen diesen beiden klassischen Ressorts entsprach in aller Regel immer einem gesunden Regulative zwischen der aufführenden und der rechtsprechenden Gewalt. So sehr die beiden klassischen Ministerien formell Teil der Exekutive sein mögen, so unterschiedlich, ja gegensätzlich sind doch ihre Aufgaben. Das Polizeiministerium setzt den Machtanspruch des Staates durch, das Justizministerium gibt der prinzipiell unabhängigen Gerichtsbarkeit Rückendeckung. Und dann sind Sie auf die Idee verfallen, das Ressort für Arbeit und Soziales an das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport anzuhängen. Sie verramschen Arbeit und Soziales in einem Gemischtwaren-Laden. Der Fraktionssprecher der Grünen im Landtag, Herr Appel, der sagt Ihnen dazu die passenden Worte, Herr Clement. Herr Appel wörtlich: „Für das riesige Arbeits-, Sozial-, Städtebau-, Kultur- und Sportministerium gibt es keine sachliche Begründung. Das ist ein Bauchladen, der kaum zu beherrschen ist.“ (Aachener Nachrichten 15. 6. 98).

Mißtrauen in der Koalition

Kultur und Sport hätten im übrigen besser zu einem Infrastruktur-Ministerium wie Bauen und Wohnen gepaßt. In einem solchen Ministerium hätte man bauliche und wohnliche Entwicklungen mit Kultur- und Sportinfrastrukturen steuern können. Die Stadtentwicklung gehört eindeutig ins Ministerium für Bauen und Wohnen. Aber es zeugt für das tiefe Mißtrauen zwischen den Koalitionspartnern, daß man diesen Schritt nicht gegangen ist.

Und dann haben Sie früher mal getönt, die Frauenpolitik bräuchte kein eigenes Ministerium. Als der Druck zu groß wurde, haben Sie aber schnell die Kurve gekiegt und Jugend, Familie und Gesundheit aus dem Arbeits- und Sozialministerium herausgeschnitten, um das Frauenministerium ein bißchen aufzupeppen. Ich meine, Jugend, Familie und Gesundheit wären besser im Arbeits- und Sozialministerium aufgehoben geblieben.

Der Haushalt konsolidiert sich nicht von selbst

Mit einer schweren Hypothek ins Rennen geht auch Finanzminister Schleußer. Dieser wird nicht nur von uns, sondern auch von Wirtschaft und Landesrechnungshof aufgefordert, die angekündigte Haushaltskonsolidierung entschlossener anzugehen. Die Finanzplanung, so die Präsidentin des Landesrechnungshofes, „erweckt vielmehr den Eindruck, der Haushalt konsolidiere sich über die Jahre gleichsam von selbst“.

Die Zusammenlegung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung halten wir für sinnvoll. Nur besetzen Sie dieses Schlüsselministerium gerade mit der Ministerin, der aus allen Kreisen, von Wirtschaft, von Lehrern, aber auch von Ihnen selbst, heftigste Kritik entgegenschlägt. Sie besetzen das Ministerium gerade mit der Ministerin, die die dringend notwendi-

ge Grundsanierung des nordrhein-westfälischen Schulsystems nicht geschafft hat.

Wie Sie, Herr Ministerpräsident, halte ich die Zusammenlegung von Schul- und Wissenschaftsministerium für eine „intelligente Vernetzung“. Aber im Gegensatz zu Ihnen erwarte ich von Frau Behler keine „erstklassigen Antworten“!

NRW braucht eine neue Politik

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine mentale Wende, eine Aufbruchstimmung in den Köpfen und Herzen!

Änderungen und Neuerungen müssen auch in den Herzen gewollt sein. Deshalb wollen und müssen wir modernisieren mit Herz! Dafür müssen wir werben. Wir müssen die Menschen mitnehmen, mitreißen und überzeugen!

Innovationen haben ihren Ursprung im menschlichen Geist. Das innovative Denken in der Ausbildung, am Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Leben, auch in der Politik, muß gefördert werden. Wir brauchen wieder mehr selbständiges Denken, mehr Unternehmergeist!

Ludwig Erhard, der geistige Vater unserer Wirtschaftsordnung, hat immer wieder betont, daß die Soziale Marktwirtschaft kein fertiges System ist. Sie ist eine evolutionäre Ordnung: Neben dem festen Grundprinzip, daß sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, ist es immer wieder nötig, Akzente neu zu setzen.

Der Finanzpolitik kommt dabei auch in Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselrolle zu. Sie muß verlässliche Aussichten auf dauerhafte Konsolidierung und auf eine Erhöhung der Investitionsquote schaffen.

Es kann uns in Nordrhein-Westfalen sehr wohl gelingen, unser Heimatland wieder auf Platz 1 zu bringen, nämlich durch einen konsequenten Politikwechsel:

- durch eine solide und berechenbare Finanzpolitik,

- durch eine neue und ideologiefreie Bildungspolitik,
- durch eine neue Offenheit für Spitzentechnik und Forschung,
- durch konsequenten Bürokratieabbau und Verschlinkung des Staates,
- durch eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- durch Ausschöpfung aller Privatisierungspotentiale,
- durch weniger Verwaltungsvorschriften,
- durch leistungsfähige und bürgerfreundliche Behördenstruktur,
- durch weltumfassende Verknüpfung mit Hilfe von Informationstechnik und Verkehr,
- aber auch und nicht zuletzt durch Verwurzelung des Menschen in seiner heimatlichen Kultur, die auch Lebens-Mittel ist und nicht nur Wirtschaftsfaktor,
- durch Beheimatung des Menschen im Glauben und in seiner von Grundgesetz und Landesverfassung geschützten Ehe und Familie.

Deutlich geworden mit Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, ist: Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Politik! Wir müssen mit investiven Maßnahmen Arbeitsplätze schaffen.

Deshalb regen wir an, mit einem Milliarden-Investitionsprogramm aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen und Landesvermögen gezielt Verkehrsprojekte zu ermöglichen, Forschung und Innovation in NRW voranzubringen und unserem Schul- und Hochschulsystem neue Impulse zu geben.

Ich möchte zum Schluß Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch eines sagen: Wenn Sie es wirklich ernst meinen – und wir von der CDU meinen es ernst mit dem Wohl der uns vertrauenden Menschen –, dann helfen wir Ihnen! Denn wenn ich mich im Plenarsaal so umschaue: Wer soll Ihnen sonst helfen? ■

Die CDU kämpft geschlossen um die Verantwortung

Kampfeswille, Zuversicht und Geschlossenheit waren die Signale des Landesparteitages der CDU in Niedersachsen am 26. und 27. Juni in Wolfsburg. „Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Wir kämpfen und haben alle Chancen zu gewinnen. Wir wollen kämpfen für unser Land und für die Zukunft unserer Kinder und Enkel, für die Entscheidungen von morgen“, forderte der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff und ertete begeisterte Zustimmung und stehende Ovationen seiner Parteifreunde

Exakt drei Monate vor der Bundestagswahl fanden sich 433 stimmberechtigte CDU-Mitglieder in Wolfsburg ein, um den niedersächsischen CDU-Landesvorstand neu zu wählen. Mit einer mehr als einstündigen Rede gewann der niedersächsische Landeschef den Parteitag für sich, bevor er mit einem eindeutigen Ergebnis trotz verlorener Landtagswahl mit über 90% der Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt wurde.

In seiner Rede hatte er zuvor mit scharfen Attacken gegen Schröder und mit der Darstellung der Vorzüge der eigenen Partei die über 700 Delegierten und Gäste auf den Bundestagswahlkampf eingestimmt.

Jost Stollmann habe die historischen Leistungen Helmut Kohls zu Recht gewürdigt. Helmut Kohl genieße weltweites Ansehen und habe hohe Kompetenzen. Er sei vital, hochmotiviert und habe im Umfeld Wolfgang Schäuble und viele andere, um die andere Parteien die CDU beneideten. Dagegen schweige Gerhard Schröder zu allen wichtigen Fragen deutscher Politik! Provozierend fragte Wulff, wofür Gerhard Schröder stehe? „Das einzige Programm,

für das Schröder steht, ist das Fernsehprogramm!“ warf Wulff dem SPD-Kanzlerkandidaten vor. „Es heißt überall ‚Ich bin bereit‘ – Aber wozu? Wofür? Mit wem?“

Jost Stollmann habe das SPD-Programm vorsichtshalber gar nicht gelesen. Er sei gut beraten, sich das Wahlprogramm erst nach dem 27. September anzuschauen. „Gerhard Schröder wird vielleicht dadurch ablenken, daß Guildo Horn Bundeskulturbeauftragter und Verona Feldbusch Bundesfrauenministerin werden sollen“, so Wulff.

Mit Schröder wäre der Aufschwung in Gefahr

Seine Partei forderte er deshalb zu Geschlossenheit und Kampfeswillen auf. Er betonte, die Partei müsse sich im Wahlkampf auf den politischen Gegner konzentrieren anstatt untereinander Strategiefragen zu diskutieren. Mit einem Bundeskanzler Schröder und einer rot-grünen Koalition gerate der beginnende wirtschaftliche Aufschwung in Gefahr.

Den DGB forderte er mit scharfen Worten auf, die acht Millionen DM, die er zu viel habe, statt für Wahlkampf auszugeben, lieber auf den Abbau von mehr als 600 Arbeitsplätzen beim DGB sowie auf die Kürzung der Altersversorgung beim DGB zu verzichten. „Für acht Millionen DM können 347 Lehrlinge ein Jahr lang ausgebildet werden!“ so Wulff

Die Partei forderte er auf; im nächsten, im 21. Jahrhundert stärker deutlich zu machen, welche Konsequenzen aus dem christlichen Menschenbild für konkretes Handeln abgeleitet würden: Kulturell, sozial und solidarisch. Es müsse auch viel deutlicher werden, daß „wir als einzige

Partei uneingeschränkt zu den Staatskirchenverträgen, zur Kirchensteuer und zum Religionsunterricht an den Schulen stehen“, so Wulff

Seine Rede war Angriff auf den politischen Gegner, Aufforderung zum Wahlkampf und Motivation der eigenen Partei. „Die Menschen fragen sich bis zum 27. September von Tag zu Tag mehr, mit welcher Regierung wird es mir und der eigenen Familie besser ergehen? Ich sage mit Stolz: Es war immer etwas anspruchsvoller, aber auch schwieriger, in der Union von CDU/CSU zu sein – die deutsche Mark, die Soziale Marktwirtschaft, die Westbindung, die Bundeswehr, die Europäische Union, Nato, Nachrüstung und Einheit wurden von uns gestaltet, die anderen waren dagegen!“

Die Partei dankte mit stehenden Ovationen

Bei den anschließenden Wahlen blieb Christian Wulff (39) mit 90,1 % der Stimmen unangefochten CDU-Landeschef in Niedersachsen. Auch bei den Wahlen der Vize-Vorsitzenden stand die CDU in Niedersachsen klar hinter ihm: Wulffs Favoriten setzten sich deutlich durch: Der Braunschweiger Landeschef Heinrich Wilhelm Ronsöhr (53, MdB) bekam 81,8 % der Stimmen. Friedbert Pflüger (43, MdB) aus Hannover errang 58,8 %. Überraschend erzielt Martina Krogmann (33, Bundestagskandidatin) aus Stade 73 % und damit das zweitbeste Ergebnis. Ein Beweis dafür, daß die Niedersachsen-Union qualifizierten Seiteneinsteigern und jungen Frauen eine Chance gibt. Der neue CDA-Chef Max Matthesen (43) aus Hannover verlor die Kampfabstimmung um die drei Stellvertreterposten. Martina Krogmann, Friedbert Pflüger und Heinrich-Wilhelm Ronsöhr ersetzen die bisherigen Stellvertreter Walter Link, Rudolf Seiters und Rita Süßmuth, die auf eine Wiederwahl verzichtet hatten. Link schied nach 8 Jahren als stellvertre-

tender Landesvorsitzender aus dem Landesvorstand aus. Rudolf Seiters dankte die Partei für seine mehr als 26 Jahre währende Mitarbeit im CDU-Landesvorstand. Rita Süßmuth war seit 10 Jahren Mitglied des geschäftsführenden CDU-Landesverbandes. Die Partei dankte ihnen ausdrücklich für ihr Engagement in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten.

Respekt und dankbare Anerkennung für seine fünfjährige Amtszeit zollte die Partei auch Wilfried Prewo, der auf eine Wiederwahl zum Landesschatzmeister verzichtet hatte. Er hatte die Parteifinanzen so geordnet, daß die CDU in Niedersachsen trotz des Landtagswahlkampfes fast schuldenfrei ist. Mit einem erfolgreichen Ergebnis von 86,7 % wurde auch Hartwig Fischer aus Göttingen als Generalsekretär in sein Amt wiedergewählt.

Ist das etwa nichts?

Mit Lothar Späth, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG und Ex-Ministerpräsident in Baden-Württemberg, als Gastredner am 2. Tag des Parteitages unterstrich die CDU in Niedersachsen den hohen Stellenwert der Wirtschaftspolitik in der Union. Späth forderte eine neue Kultur der Selbständigkeit in Deutschland und größere Offenheit für eine globale Lösung der Wirtschaftsprobleme. Den Markt der Zukunft sah Späth auch im Dienstleistungssektor. Mit einem Plädoyer für den Osten riß er gleich zu Beginn die Delegierten und Gäste zu spontanem Applaus hin, der ihn während seiner Rede begleitete und anspornte: „Der Osten Deutschlands braucht etwa 20 Jahre, wofür der Westen 50 Jahre benötigte. Ist das etwa nichts?“ so Späth.

Die rund 450 Delegierten verabschiedeten bei ihrem Parteitag den „Wolfsburger Appell“. Darin wird die SPD-Landesregierung zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung aufgefordert. ■

Überwältigende Mehrheiten für Kanther und Koch

Mit überwältigenden Mehrheiten hat der Landesparteitag der hessischen CDU-Bundesinnenminister Manfred Kanther zum Spitzenkandidaten der Hessen-Union für die Bundestagswahl und seinen Nachfolger im Amt des hessischen CDU-Chefs, den Landtagsfraktionsvorsitzenden Roland Koch, zum Ministerpräsidenten-Kandidat seiner Partei für die Landtagswahl am 7. Februar kommenden Jahres nominiert. Die rund 380 Delegierten erlebten Kanther und Koch beim Landesparteitag in Friedberg als kämpferisches Führungsduo.

Bundesinnenminister Manfred Kanther erhielt in geheimer Wahl 369 von 370 gültigen Stimmen, Koch wurde mit 372 von 375 Stimmen zum Herausforderer des derzeit amtierenden SPD-Ministerpräsidenten Eichel nominiert. Hinter Kanther folgen die stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Hannelore Rönsch, Kanzleramtsminister Friedrich Bohl, der frühere Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber und der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Gerald Weiß. Hinter Koch plazierten die Delegierten die stellv. CDU-Landtags-Fraktionsvorsitzende Inge Velte, den parlamentarischen Geschäftsführer der Landtagsfraktion und stellv. CDU-Landesvorsitzenden Franz Josef Jung, den stellv. Landes- und Fraktionsvorsitzenden Volker Bouffier und die Landtagsabgeordnete Martina Leistenschneider.

Gekennzeichnet war der Landesparteitag vom festen Willen der hessischen CDU, bei der Bundestagswahl am 27. September erneut die stärkste politische Kraft in Hessen zu werden und so einen Beitrag zum Wahlerfolg der Union zu leisten. Bei

der Landtagswahl will die hessische CDU nicht nur wieder stärkste Kraft im Landtag werden, sondern vor allem nach acht Jahren den SPD-Ministerpräsidenten Eichel ablösen, dessen rot-grüne Regierung fast ausschließlich durch Skandale und Affären auffällt.

Der CDU-Landesvorsitzende Roland Koch forderte die Parteimitglieder mit Blick auf die Bundestagswahl dazu auf, die „feinen Bestecke aus der Hand zu legen, den Säbel zur Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, daß wir den Rückstand

Kanther Nummer 1 für den Bundestag, Koch Ministerpräsidenten-Kandidat in Hessen

aufholen“. Der wirtschaftliche Aufschwung und die sich positiv entwickelnden Arbeitsmarktzahlen zeigten, daß die Politik der Bundesregierung selbst bei „angezogener Handbremse“ der SPD-Blockademehrheit im Bundesrat Erfolg zeige. „Mit Helmut Kohl geht der Aufschwung weiter, mit Gerhard Schröder stirbt der Aufschwung in Deutschland.“

Bundesinnenminister Manfred Kanther forderte die Bürger auf, bei der Bundestagswahl mit ihrem Wahlzettel das „größte Sicherheitsrisiko“ abzuwenden, das in der Asylpolitik, Ausländerpolitik und bei der inneren Sicherheit vorstellbar sei: Eine grün-rote Lafontaine/Schröder/Schily/Däubler-Gmelin-Regierung für ganz Deutschland. „Es ist zehnmals besser, mit bewährten Köpfen die Politik weiter zu führen, die erfolgreich war, als mit neuen Gesichtern die falsche Politik zu machen. Am Berg spannt man nicht die Pferde aus.

sonst rollt der Wagen ganz schnell abwärts“, machte Kanther die Richtungsentscheidung deutlich.

In seiner Rede hielt Kanther den SPD-Politikern Schröder und Lafontaine, aber erst recht dem Grünen-Vormann Fischer vor, sich „lebenslänglich“ in den entscheidenden politischen Grundsatzfragen geirrt zu haben. Als Beispiel nannte Kanther die „hundsgemeine Nachrüstungsdebatte“ und die mangelnde Sensibilität dieses Trios mit Blick auf die Wiedervereinigung.

Kontrastbild zu Rot-Grün

In seiner landespolitischen Rede entwickelte Koch das Kontrastbild einer rot-grünen Regierung „der Unentschlossenheit und des Zauderns“ die Entschlossenheit und den Durchsetzungswillen der CDU. Insbesondere in der Schulpolitik kündigte der Ministerpräsidenten-Kandidat einen radikalen Kurswechsel an.

Während Kultusminister Holzapfel (SPD) dem wachsenden Stundenausfall „mit stoischer Ruhe“ zusehe, wolle er, so Koch, eine „Unterrichtsgarantie“ einlösen, die Erteilung des nach der Studentafel vorgesehenen Unterrichts soll damit fest zugesagt werden: „Wenn wir es nicht mehr schaffen, für die Einhaltung der Studentafel 100 Millionen Mark zu mobilisieren, wer-

de ich wieder Anwalt, und wir machen einen Computer zum Ministerpräsidenten.“

Besonders empört zeigte sich der Parteitag über die Einführung des kommunalen Wahlrechts für 16jährige durch die rot-grüne Hessen-Koalition. Koch erntete Riesenbeifall, als er Jugendlichen, „die nicht einmal ein Bravo-Abonnement unterschreiben dürfen“, das Recht absprach, Bürgermeister und Landräte zu wählen. Ebenso scharf kritisierte der Chef der Hessen-Union einen Erlaß der Landesregierung, der homosexuellen Asylbewerben, die mit Deutschen zusammenleben, vor Abschiebung schützt: „Eine groteske Blüte verquerer rot-grüner Ideologie.“

Neue Arbeitsplätze

Schließlich bekannte sich Koch dazu, daß die CDU alles dafür tun werde, daß die Job-Maschine Flughafen Frankfurt sich weiterentwickeln könne: „Wir sind keine Ausbaufetischisten. Aber wir sagen klipp und klar: Die Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen sind nur sicher, wenn dieser Flughafen weiterhin eines der großen Drehkreuze des Weltluftverkehrs ist. Aber wenn Frankfurt das Drehkreuz bleiben soll, muß es mit dem Weltluftverkehr wachsen. Und: Kann es wachsen, wird es Zehntausende neuer Arbeitsplätze für lange Zeit bringen.“

Milliardenprogramm zur Sanierung der Ostsee

Mit einem Aufwand von 40 Milliarden Mark soll in den nächsten 20 Jahren die Wasserqualität der Ostsee spürbar verbessert werden. Damit werde das 1992 verabschiedete internationale Aktionsprogramm der Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee (Helcom) umgesetzt, sagte Bundesministerin Angela Merkel auf der **CDU-Fachkonferenz Ostsee in Rostock**. Ob-

gleich die Helcom-Aktivitäten bereits Erfolge gebracht hätten, sei die angestrebte fünfzigprozentige Reduzierung des Schadstoffeintrags in die Ostsee bisher noch nicht realisiert. Schuld daran seien vor allem der Nachholbedarf der östlichen Anrainerstaaten bei Klär- und Reinigungsanlagen sowie die belastende Einleitung von Nitraten und Phosphaten.

In Düsseldorf wird heftig diskutiert: Das Vorzeigeprojekt des Ministerpräsidenten Clement für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen, die Betreibergesellschaft der HDO „HDO Atelier Betriebsgesellschaft für neue Film- und Videoproduktionstechniken GmbH“ steht kurz vor der Pleite. Über 100 Millionen Mark Wirtschaftsförderungsgelder hat sich Herr Clement sein „Hollywood“ im Ruhrgebiet kosten lassen. Davon sollen zumindest Teile auch durch die Hände von PDS/SED-Größen geflossen sein.

In mehreren Anfragen im Landtag hatte die CDU die Effizienz und die Finanzierungsmodalitäten bereits hinterfragt,

Es kann nicht angehen, daß Millionen Steuergelder in Medienprestigeobjekte gesteckt werden. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine riesige Selbständigenlücke. Im Vergleich zum Durchschnitt der alten Bundesländer fehlen mehr als 80.000 Betriebe – umgerechnet 300.000 bis 400.000 Arbeitsplätze. Existenzgründer, kleine und mittelständische Betriebe müssen im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung stehen. Investitionen in neue Gewerbegebiete, stärkere Unterstützungen für kleine Unternehmensgründungen sind die besseren Alternativen zu den nicht ausgelasteten Medienprojekten, die viel kosten, aber – wie hier bewiesen – immer weiter subventioniert werden müssen.

„Finanzskandal mit dunkelrotem Hintergrund“ Zur Pleite eines NRW-Vorzeigeprojekts Von Laurenz Meyer

steckte Clement doch über 100 Millionen Mark in ein Projekt, das ursprünglich 200 Arbeitsplätze schaffen sollte. Das Ergebnis: Es sind 25 feste Arbeitsplätze vorhanden, was bedeutet, daß jeder Arbeitsplatz mit 4 Millionen DM subventioniert worden ist.

Wenn nun behauptet wird, daß die Auftragslage im Oberhausener Medienzentrum aktuell durchaus gut ist, so muß man nur einmal hinter die Kulissen des NRW-Förderungsdschungels blicken: Das Filmprojekt „The 13th Floor“, welches zur Zeit von HDO bearbeitet wird, wird ebenfalls vom Land gefördert. Die NRW-Filmstiftung steckt in diesen Emmerich-Film vier Millionen Mark, und das Land NRW sorgt auf diese Weise dafür, daß weitere Fördermittel nach Oberhausen fließen. Ein Faß ohne Boden!

Der Skandal ist aber nicht nur Anlaß zum Überdenken der Wirtschaftsförderung. Es zeigt sich, daß Ministerpräsident Clement hier einen dunkelroten Händedruck mit Kreisen der PDS/SED vollzogen hat. Das ist ein Skandal für sich! Einige Fakten und Namen, die für sich sprechen:

Mehrheitsgesellschafter in dem Vorzeigeprojekt wurde ein Unternehmen EMG (Elektronische Medienbeteiligungsgesellschaft) aus Berlin. Gründungsgesellschafter dieser EMG waren der heutige PDS-Vorsitzende Lothar Bisky sowie der ehemalige Kassenwart und Vorsitzende der „Kommission zur Sicherung des Privatvermögens“, Gerd Pelikan. Geschäftsführer der Gesellschaft in Oberhausen war bis 1996 Wolfgang Wenzel, der vor der Wende Medienfirmen gleichen Namens mit Hilfe von PDS/SED-Geldern aufbaute und sich früher mit der Produktion von Propa-

gandafilmchen über Wasser hielt. Nach Angaben von Wenzel wußte Clement über die Hintergründe von Beginn an und zahlte trotzdem die Fördergelder weiter aus!

Was weiß Clement?

In Oberhausen arbeitete bis zum 14. Oktober 1994 auch der Chefeinkäufer des DDR-Fernsehens, Hans-Joachim Seidowsky (Mitarbeiter der Stasi, IM „Gerhard“) als Geschäftsführer der Betriebsgesellschaft. Wenzel und Seidowsky kassierten pro Jahr mehrere hunderttausend DM für Gehälter, Aufwandsentschädigungen und Tantiemen und leisteten sich teure Dienstwagen - das alles bei einer Gesellschaft, die den Sprung in die Gewinnzone bis heute nicht erreicht hat. In den Abrechnungen der EMG und des Generalunternehmers Philips, der für den Bau des HDO-Zentrums in Oberhausen verantwortlich ist, taucht der angeblich auf Druck der Landesregierung entlassene Ex-Stasi-Mann Seidowsky für Beratertätigkeiten weiter auf. Clement handelte nicht!

Heute behauptet die Landesregierung, diese Mehrheitsgesellschaft EMG mit ihren Vergangenheitsproblemen sei seit 1995 ausgeschieden. Oberhausens Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender Herr Drescher behauptet, sie sei seit 1997 ausgeschieden. Obwohl sie angeblich schon lange ausgeschieden sind, wollen die Gesellschafter der EMG jetzt Kasse machen und teilen ganz aktuell am 7. Juli mit, die Gesellschaft habe gerade ihre Anteile in Oberhausen für 2,8 Millionen DM an eine amerikanische Mediengesellschaft weiterverkauft. Was weiß Clement und warum informiert er die Öffentlichkeit bis heute nicht korrekt?

Die CDU fordert rücksichtslose Aufklärung dieser Affäre - im Bereich der Wirtschaftsförderung ebenso wie im speziellen Fall der dunkelroten Zusammenarbeit Clements in Oberhausen. Es kann nicht sein, daß Ministerpräsident Clement

Rechtsschreibung:

Die Entscheidung schafft Rechtssicherheit

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtsschreibreform erklärte Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Ich bin kein Freund der Rechtsschreibreform. Aber die Kritik der Reformgegner am Bundesverfassungsgericht weise ich zurück. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts schafft Rechtssicherheit für Schüler, Eltern und Lehrer, und das ist gut so.

Die Sache ist von Anfang an vertrackt gelaufen. Eine solche Reform gehört in einen breiten öffentlichen Diskussionsprozeß, in den auch die Parlamente eingebunden sein müssen. Daraus müssen wir die Lehre ziehen für die anstehende Reform unseres Bildungssystems. An der Umsetzung der Konzepte für den Unterricht der Zukunft müssen Eltern und Lehrer beteiligt werden. Nur mit ihnen gemeinsam kann die Reform gelingen. Wir brauchen das beste Bildungssystem der Welt. Das geht uns alle an.

mit Mitteln der Wirtschaftsförderung PDS/SED-Größen hofiert, der Innenminister aber gleichzeitig die PDS als linksradikale Gruppierung einstuft. Clement hat als Medienverantwortlicher der Landesregierung zunächst in der Staatskanzlei, später im Wirtschaftsministerium und jetzt als Ministerpräsident stets die Zuständigkeit für sein Prestigeobjekt gehabt.

Der Hammer Abgeordnete Laurenz Meyer ist stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Düsseldorf Landtag.

aus: Westfälischer Anzeiger vom 10. Juli

Innere Sicherheit

Die wichtigste Entscheidung zur inneren Sicherheit nach der Nominierung des SPD-Kandidaten war die Abstimmung über das Abhören von Verbrecherwohnungen. Ergebnis: SPD, Grüne und PDS haben die akustische Wohnraumüberwachung bis zur Unkenntlichkeit verwässert.

Schröder hat diesen Skandal gedeckt. Kein Wunder, denn der Herr der Chaostage hat seine Hausaufgaben in Niedersachsen nicht gemacht:

- Polizeistellen zusammengezogen
- Verfassungsschutz halbiert
- Bagatellkriminalität nicht mehr verfolgt
- Drogenfreigabe befürwortet
- gegen den Asylkompromiß
- gegen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

Im Bundesrat lehnt seine SPD Gesetze ab, die es erlauben, strafällig gewordene Ausländer abzuschieben oder Straftäter bis zu einer Verhandlung zu inhaftieren.

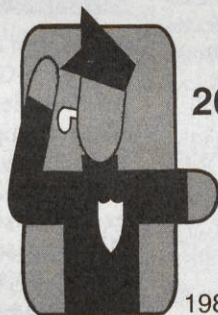
Fazit: Unter Schröder ist die Kriminalität und die Aufklärungsquote niedrig. Das tägliche Leben der Bürger wird unsicher.

Die CDU steht für

- Opferschutz statt Täterschutz
- Null-Toleranz für Verbrecher
- Abschiebung ausländischer Straftäter

Wir wollen

- Mehr Sicherheit durch Polizeipräsenz
- Schutz der öffentlichen Ordnung in alle Landespolizeigesetze
- „Aktion Sicherheitsnetz“ für Großstädte
- Mehr freiwillige Polizeihelfer
- Einsatz von Videoüberwachung
- Stärkung des Bundesgrenzschutzes
- Verdachtsunabhängige Polizeikontrollen.



26,0

1989



23,0

1997

Schröder: „Das Thema Innere Sicherheit muß wieder ein wichtiges Thema für Sozialdemokraten werden.“
(Bild am Sonntag, 20 Juli 1997)

„Unter Schröder wurde Niedersachsen zum Eldorado für Straftäter und Scheinasylanten.“
(Welt am Sonntag, 20 Juli 1997)

Polizeidichte in Niedersachsen: Polizisten pro 10.000 Einwohner

- Kleinstadt: 3 Polizisten weniger
- Hannover: 150 Polizisten weniger

Handeln für mehr Sicherheit

CDU

Die Tempo-30-Diskussion zeigt das wahre Gesicht der SPD

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zu Äußerungen aus der SPD zur Einführung von Tempo 30 in den Innenstädten:

Elke Ferner, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, kündigt die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in unseren Städten nach einer erhofften Regierungsübernahme an. Ihre Partei ist bestürzt und dementiert, man könne sich „nicht vorstellen, daß Frau Ferner so holzschnittartig formuliert“. Dies verdeutlicht das Problem der SPD-Verkehrspolitik: Es gibt zwar eine Fraktionssprecherin, aber keinen in Schröders Team offiziell für Verkehrspolitik Zuständigen. Es gibt zwar eine Fraktionsbroschüre mit Formulierungen zur Verkehrspolitik, das Wahlprogramm der SPD spart die in ihren Reihen un-

geliebten Fragen aber aus. Damit zeigt sich deutlich: Wahltaktisch brisante Themen werden bei der SPD bewußt verschleiert.

Die Forderung nach genereller Einführung von Tempo 30 ist absolut überflüssig. Diese Geschwindigkeit macht in Wohngebieten und verkehrsberuhigten Bereichen Sinn, dort sind niedrige Geschwindigkeiten auch einsichtig. Für diese Bereiche haben die Kommunen bereits seit langem die Möglichkeit, Tempo-30-Zonen einzurichten. Auf Durchgangsstraßen, breiten Hauptstraßen, in Gewerbegebieten bringt Tempo 30 weder für die Verkehrssicherheit noch für die Umwelt Gewinn.

Fazit: Die bestehende Regelung ist bewährt. Die SPD bezweckt nur eins, den ungeliebten Autofahrer bevormunden, gängeln, abkassieren. Ob das „sozial“ ist, mag der Wähler entscheiden.

Schallende Ohrfeige für SPD-Fraktion

Im Zusammenhang mit der Kernenergieausstiegsdiskussion zwischen der SPD und Grünen hat der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt-Dieter Grill auf folgendes hingewiesen:

Die Ankündigung von SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder, der Ausstieg aus der Kernenergie dauere mindestens 20 Jahre, ist eine schallende Ohrfeige für den bisherigen Kurs der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über Nukleartransporte

hatte der Abgeordnete Michael Müller (SPD) bisher einen Ausstiegszeitraum von 10 Jahren für seine Bundestagsfraktion angekündigt. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit hat Gerhard Schröder entweder keine Mehrheit für seine Politik, oder der SPD-Abgeordnete Müller darf aus Gründen des Wahlkampfes gegen die Grünen Thesen vertreten, die nicht ernsthaft gewollt werden.

Diese Diskrepanz zwischen Kanzlerkandidat und Bundestagsfraktion ist ein weiterer Beleg ungläubwürdiger Politik.

Nur Herumdoktern an Symptomen

Zu der Aussage des niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder, auch Inhaber von Betrieben sollten einen Mindeststeuersatz von 20 Prozent entrichten, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Ein Mindeststeuersatz von 20 Prozent Einkommensteuer auch für Inhaber von Betrieben ist ein klarer Verstoß gegen die Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit. 90 Prozent unserer Unternehmen sind Einzelunternehmen oder Personengesellschaften. Vor allem Handwerker und Kleinbetriebe müssen aus dem, was der Betrieb erwirtschaftet, ihre Familie ernähren. Ein Mindeststeuersatz von 20 Prozent würde in ertragsschwachen Jahren nicht nur an die Substanz des Unternehmens gehen, sondern auch das verfassungsrechtliche Gebot der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums berühren.

Existenzgründer haben darüber hinaus in den Anfangsjahren in der Regel Verluste, die sie erst Jahre später, wenn ihr Unternehmen in die Gewinnzone gerät, wieder ausgleichen können. Einerseits will die SPD Mittelstand und Existenzgründer fördern, auf der anderen Seite will sie sie mit einer Mindeststeuer von 20 Prozent belasten. Dies kommt einer Substanzbesteuerung gleich. In dieser Legislaturperiode ist es endlich zum Wegfall der beiden letzten Substanzsteuern, der betrieblichen Vermögensteuer und der Gewerbesteuer, gekommen. Die SPD will über den Umweg einer Mindestbesteuerung diese wachstumsschädliche und arbeitsplatzvernichtende Substanzbesteuerung erneut einführen. Diese pauschale Aburteilung aller Unternehmer in unserem Land ist typisch für die SPD. Die Förderung von Mittelstand, Unternehmen und Existenzgrün-

dungen sind reine SPD-Lippenbekanntnisse.

Die Sicherung der Steuerbasis durch Einführung einer Mindeststeuer ist darüber hinaus nur ein Herumdoktern an Symptomen. Wenn man dauerhaft in Deutschland ein international konkurrenzfähiges Steuersystem umsetzen will, muß man die hohen Spitzensteuersätze auf ein international vergleichbares Niveau von 35 Prozent für Unternehmen und 39 Prozent für die übrigen Einkommensbezieher senken und gleichzeitig Ausnahmeregelungen und Steuervergünstigungen abschaffen. Genau so eine Steuerreform hat die Koalition vorgelegt, die SPD mit ihrer Blockade im Bundesrat und Vermittlungsausschuß jedoch verhindert.

Der einzige Weg

Unsere Steuerreformvorschläge sind der einzige Weg, um zu einer international konkurrenzfähigen und gerechten Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit zu kommen.

Hans-Peter Replik: Der SPD-Steuerhickhack geht weiter

Alles was an steuerpolitischen Vorstellungen von der SPD bislang gekommen ist, ist nicht ausgegoren und zielt ausschließlich auf populistische Wirkung. Damit gewinnt man vielleicht die Luft-höheheit an den Stammtischen, vertreibt aber Investoren und vernichtet Arbeitsplätze. Blanker Populismus ist auch das Beharren auf Einführung einer Mindeststeuer. Schwanhold, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hat im Westdeutschen Rundfunk bereits zugegeben, daß der Vorschlag noch nicht ausgereift sei.

SPD-Steuerpolitik

Nur populistische Effekthascherei

Die SPD-Forderungen nach Beibehaltung eines hohen Einkommensteuerspitzenatzes, Einführung einer Mindeststeuer und Wieder Einführung der Vermögensteuer sind geprägt vom Neidgeanken, „den Besserverdienenden etwas wegzunehmen“. Gleichmacherei statt Leistungsgerechtigkeit steht im Vordergrund. Bei näherer Betrachtung entpuppen sich diese Vorschläge als wirtschafts- und sozialpolitisch schädlich. Einfachste Grundregeln der Steuerpolitik werden mißachtet.

1. Die Beibehaltung eines hohen Einkommenspitzenatzes und gleichzeitige Absenkung des Einkommensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte führt zu einer Ungleichbehandlung der Einkommen und ist deshalb verfassungsrechtlich bedenklich. Warum sollen Lohn-einkommensbezieher unter sonst gleichen Bedingungen steuerlich höher belastet werden als Unternehmer? Das ist unsozial. Das von SPD-Seite zur Umschiffung des Verfassungsproblems favorisierte Optionsmodell, das Nicht-Kapitalgesellschaften eine Option auf eine Besteuerung nach dem Körperschaftsteuerrecht einräumen soll, ist lediglich eine Krücke, die nicht trägt. Ein solches Optionsmodell ist bereits in den 50er Jahren gescheitert. Freiberufler und Selbständige würden zudem durch Einbeziehung in die Gewerbesteuer steuerlich höher belastet.

Deshalb: Realisierung der großen Steuerreform und ausnahmslose Senkung aller Steuersätze ist die systematisch bessere und gerechtere Lösung!

2. Die Einführung einer Mindeststeuer kuriert an Symptomen ohne die Ursa-

chen zu bekämpfen. Dadurch soll die Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen quasi durch die Hintertür wieder rückgängig gemacht werden.

Aber:

● **SPD hat den Steuervergünstigungen und Abschreibungserleichterungen jeweils zugestimmt** (Einkommensteuerrechtsänderungen sind im Bundesrat zustimmungspflichtig!).

● **Wirtschaftspolitisch verfehlt**, da Abschreibungsvergünstigungen **wirtschaftspolitische Lenkungsmaßnahmen** zur Investitionsförderung sind, die – wie der Aufbau Ost zeigt – z. T. mit großem Erfolg eingesetzt wurden; eine

Argumente gegen die steuerpolitische Neidkampagne der SPD von Hans-Peter Repnik

Mindeststeuer macht den durch Abschreibungen entstehenden Zins- und Liquiditätsvorteil zunichte und schmälert den Investitionsanreiz. Eine Mindeststeuer ist eine **Strafsteuer** für Unternehmen mit hohen Investitionen und dadurch bedingt hohen Abschreibungen (Liquiditätsentzug!). Eine Unterscheidung zwischen betrieblich notwendigen Abschreibungen und Abschreibungen aus Beteiligungen, die nur aus Gründen der Steuerersparnis vorgenommen werden, ist nicht möglich. Wenn Investitionen nicht mehr gefördert werden sollen, sind die Abschreibungserleichterungen zurückzunehmen.

● **Unsozial**, weil Bezieher hoher Einkommen auch den Spitzensteuersatz zahlen

sollten und nicht einen Mindeststeuersatz, der noch unter dem SPD-Eingangsteuersatz von 21,9% liegt. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler würden gerade **Verheiratete mit einem Jahreseinkommen bis 80.000 DM mehr Steuern zahlen** als heute.

● **Längere Wartezeiten für Bearbeitung der Einkommensteuererklärungen**, da jeder Steuerpflichtige zweimal veranlagt werden müßte, um zu prüfen, ob die nach geltendem Recht zu zahlende Einkommensteuer höher als die Mindeststeuer ist.

Deshalb: Notwendigkeit einer großen Einkommensteuerreform, die das Problem an der Wurzel packt und Steuervergünstigungen bei allen Einkunftsarten abbaut bzw. abschafft. Bei gleichzeitiger durchgreifender Senkung aller Steuersätze verlieren Steuervergünstigungen überwiegend ihre Berechtigung und an Attraktivität.

3. Rückgang des Steueraufkommens aus der Veranlagten Einkommensteuer ist kein Indiz dafür, daß Bezieher hoher Einkommen keine Steuern zahlen!

Das rückläufige kassenmäßige Aufkommen der Veranlagten Einkommensteuer erklärt sich aus den Lohnsteuererstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, der zu zahlenden Investitionszulage sowie der Eigenheimzulage. Diese Zahlungen reduzieren das Bruttoaufkommen aus der Veranlagten Einkommensteuer, das aus den Vorauszahlungen und Nachzahlungen der Einkommensteuerpflichtigen (z.B. Unternehmer) gespeist wird.

	1991	1997
Bruttoaufkommen	60,5	51,1
Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer	-17,8	-41,1
Investitionsgrundlage	-1,1	-0,7
Eigenheimzulage	--	-3,5
Kassenmäßiges Aufkommen	41,5	5,8

Berücksichtigt man darüber hinaus, daß die Besteuerung der Zinseinkünfte nur bis 1993 das Aufkommen der Veranlagten Einkommensteuer erhöht hat, seitdem ein Quellenabzug in Form eines Zinsabschlags (Aufkommen 1997 rd. 11,4 Mrd. DM) erhoben wird, ist das Bruttoaufkommen der Veranlagten Einkommensteuer in diesem Zeitraum sogar um 1,1 Mrd. DM gestiegen.

4. Wegfall der Vermögensteuer

● **Wirtschaftspolitisch vernünftig**, da so der **Unternehmenssektor** erheblich entlastet wird (rd. 60% des gesamten Aufkommens entfiel auf Betriebsvermögen). In Verbindung mit der Abschaffung der Gewerbesteuer sind nunmehr alle wesentlichen **Substanzsteuern beseitigt**, die in ertragsschwachen Jahren oder Verlustphasen sogar aus der Unternehmenssubstanz bezahlt werden mußten. Insbesondere Existenzgründer werden so entlastet.

● Die **betriebliche Vermögensteuer** ist **ersatzlos entfallen**. Um die einseitige Entlastung vermögender Steuerpflichtiger zu vermeiden, wurden **private Vermögensteuer und Erbschaftsteuer zusammengefaßt**. Der vom Vermögen ausgehenden Leistungsfähigkeit wurde somit im Rahmen der Erbschaftsteuerneuregelung (Jahressteuergesetz 1997) Rechnung getragen.

● **Bundesverfassungsgericht** hat der Wiedereinführung einer Vermögensteuer **enge Grenzen** gesetzt. Die Obergrenze der Besteuerung liegt in der Nähe einer hälftigen Teilung. Unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Steuerrechts, aber auch der von der SPD geplanten geringfügigen Absenkung des Einkommensspitzensteuersatzes auf 49% dürfte eine Vermögensteuer nur in wenigen Fällen möglich sein. Hierfür lohnt sich jedoch keine eigene Steuer.

Neue Materialien für den Bundestagswahlkampf

Das ist nur mit der CDU zu haben

Argumente zur Bundestagswahl 1998

sicher in die Welt von morgen

CDU

● **Faltblatt „Argumente zur Bundestagswahl“**

Bestell-Nr. 2441
100 Expl.: 15,00 DM

● Der **SPD-Vorschlag**, die **Vermögenssteuer für Privatvermögen** wieder einzuführen, ist **unsinnig**. Er ist schädlich für den Standort Deutschland und **kostet** Arbeitsplätze. Die im SPD-Programm vorgesehene Freistellung von Betriebsvermögen wird den Unternehmenssektor nicht durchgreifend entlasten können, da hiervon zweifelsfrei lediglich 10% der Unternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft profitieren. 90% der Unternehmen in Deutschland sind dagegen Personengesellschaften oder Einzelunternehmen, für die eine vernünftige Abgrenzung zwischen Privatvermögen und dem im Privatvermögen befindlichen Betriebsvermögen kaum

Infos für Erstwähler
Bundestagswahl
27. September 1998

Entscheiden Sie mit.



● **Erstwählerprospekt**
Nr. 5457
100 Expl.:
20,00 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum · Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax (0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon @bertelsmann.de

möglich ist. So würde z.B. auch Aktienbesitz im Privatvermögen der SPD-Vermögenssteuer unterliegen und damit insbesondere diejenigen treffen, die ihr Unternehmen gerade an die Börse gebracht haben, um zusätzliches Eigenkapital zu beschaffen.

● **SPD-Wahlprogramm** sieht keine Rückgängigmachung der kompensatorischen Erhöhung von Erbschaft- und Grunderwerbsteuer vor. D.h.: Einführung der Vermögenssteuer ist eine **lupenreine Steuererhöhung**. Mit Steuererhöhungen sind jedoch noch nie Arbeitsplätze geschaffen worden. ■

SommerHighLights

für Canvassingaktionen,
Sommer- und
Familienfeste



● **Papierfähnchen**
Bestell-Nr. 9426
1000 Expl. 95,00 DM

● **Pin „Smilie“**
Bestell-Nr. 9440
100 Expl. 40,00 DM



Richtigstellung:

In der letzten Ausgabe ist uns ein Fehler unterlaufen. Der CDU-Wasserball (Bestell-Nr. 9778) ist in einer Verpackungseinheit von 10 Exemplare erhältlich.
Preis je 10 Expl.: 20,00 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

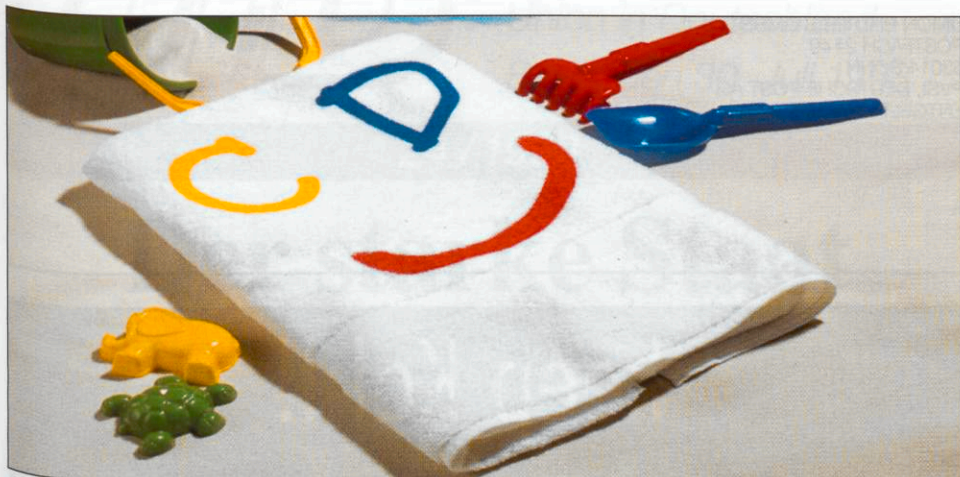
Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax (0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon @bertelsmann.de

Schöne Urlaubsgrüße vom Wolfgangsee

● **Postkarte „Elefant“**
Bestell-Nr. 9469
100 Expl.: 8,00 DM

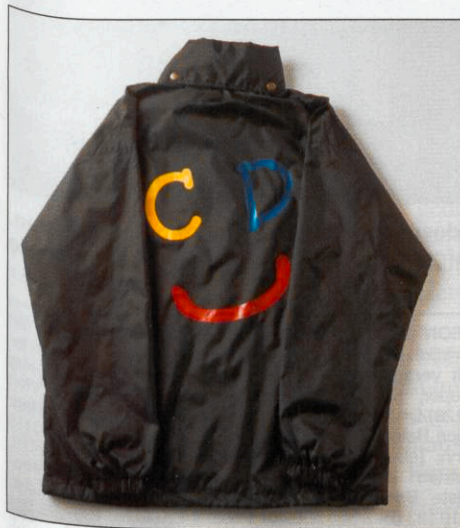
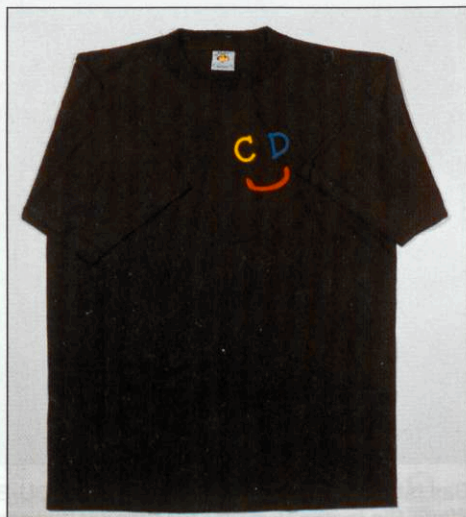
● **Aufkleber „Elefant“**
Bestell-Nr. 9470
100 Expl.: 10,00 DM



● Nr. 9458
Strandtuch
 Größe 70 x 1,40
 1 Expl. 19,90 DM



● Nr. 9416
Baseballmütze
 1 Expl. 8,00 DM



◀ **Windbreaker**

1 Expl. 29,90 DM
 Bestell-Nr.:

- 9459 Größe S
- 9460 Größe M
- 9461 Größe L
- 9462 Größe XL
- 9463 Größe XXL

▲ **T-Shirt „Smilie“**

1 Expl. 12,00 DM
 Bestell-Nr.:

- 9443 Größe S
- 9444 Größe M
- 9445 Größe L
- 9446 Größe XL
- 9447 Größe XXL

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

keep Kohl!



Schöne Urlaubsgrüße vom Wolfgangsee

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

23/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.